Nr. 167 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Dienstag, den 21. Juli 1925

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Hans 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667. Telefonl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Hans 42/44. Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Inhalt der Note.

Die Reichsregierung wünscht Fortsetzung der Verhandlungen. / Eintritt in den Völkerbund und Räumungsfrage. / Das Durchmarschrecht durch Deutschland. / Frankreich als Garant Polens.

Mit Wissen Schieles.

Berlin, 21. Juli. (Radiomeldung.)

In einem Berliner Morgenblatt wird über den Inhalt der deutschen Antwortnote an Briand folgendes mitgeteilt:

„Die Reichsregierung erklärt in dem einleitenden Teil der Note, daß sie die Fortsetzung der bisherigen Verhandlungen über die Sicherheitsfrage wünscht und bereit ist, ihre bisherigen Vorschläge, die sie aufrechterhält, noch eingehender zu interpretieren und einige notwendige Ergänzungen vorzunehmen. Der zweite Teil der deutschen Note beschäftigt sich mit der französischen Antwort auf das deutsche Memorandum und mit der Frage des Eintritts in den Völkerbund. Hierzu wird von deutscher Seite betont, daß Deutschland prinzipiell entschlossen sei, seine Aufnahme in den Völkerbund zu betreiben, daß aber die Reichsregierung die bestimmte Erwartung hege, daß bis dahin die Räumung des Ruhr- und Sanktionsgebietes sowie der nördlichen Rheinlandzone vollzogen ist. Deutschland müsse weiterhin in der Frage des Artikels 16 der Völkerbundssatzung ein bestimmtes Entgegenkommen fordern, da die französische These von dem Durchmarschrecht mit den Interessen und der Sicherheit des deutschen Volkes unvereinbar sei und daher von keiner deutschen Regierung anerkannt werden könne. (!) Der dritte Teil der deutschen Antwort beschäftigt sich mit dem in der Note Briands enthaltenen Vorschlag der Eingliederung der abzuschließenden Sicherheitsverträge in den Sicherheitspakt. Hier setzen die juristischen Erörterungen ein, von denen Reichskanzler Luther bereits während seines Dresdener Aufenthalts sprach. Die französische Regierung hat bekanntlich die Forderung ausgesprochen, daß Frankreich und die andern Mächte das Recht erhalten sollen, im Falle eines deutsch-polnischen Konfliktes als Garanten für die Innehaltung der Schiedsverträge aufzutreten. Dieser Forderung widerspricht die Reichsregierung unter eingehender juristischer Begründung, indem sie darauf hinweist, daß Deutschland nicht verpflichtet werden könne, beim Abschluß eines Sicherheitspaktes mit den Westmächten seine rechtlichen Beziehungen zu anderen Mächten, die nicht am Sicherheitspakt teilnehmen, unter die Kontrolle der Vertragsstaaten zu stellen."

Diese Zusammenfassung des Inhalts der deutschen Note entspricht den Tatsachen im Gegensatz zu den endlosen Inhaltsangaben anderer Blätter, die auf Kombinationen beruhen.

*

Wir werden morgen nach Vorliegen des Wortlauts auf die Note und ihre Bedeutung ausführlich eingehen. Vorausschicken wollen wir nur, daß natürlich Herr Schiele in diesem Fall nicht die unberührte Jungfrau spielen kann, da die Note, die sich weiter auf der Grundlage des Stresemannschen Garantieangebots vom 9. Februar 1925 bewegt, ihm zwecks Zustimmung vorgelegen hat.

Die Note in Paris überreicht.

Günstige Aufnahme im Auswärtigen Amt.

Paris, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die deutsche Antwort auf die französische Garantienote vom 16. Juni ist am Montagnachmittag um 5 Uhr vom deutschen Botschafter Herrn v. Hoesch dem französischen Außenminister Briand überreicht worden. Die abschließende Unterredung dauerte etwa eine Stunde. Sie galt, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, der Erläuterung der deutschen Note und einem Gedankenaustausch über die weitere diplomatische Behandlung des Garantie- und Sicherheitsproblems. Es wurde vereinbart, die deutsche Note am Mittwochfrüh zu veröffentlichen.

Das französische Auswärtige Amt hat bereits am Montagabend der französischen Presse sehr weitgehende Angaben über den Inhalt der Note gemacht. Dabei wurde u. a. mitgeteilt, daß die Note einen Vorschlag zur Einberufung einer internationalen Konferenz nicht enthalte. (!) Auch von der Räumung von Köln sei nicht die Rede. Die Note folge im wesentlichen den Ausführungen der französischen Note vom 16. Juni. Sie verlange lediglich eine genaue Definition dessen, was man in Paris unter dem Begriff schiedsgerichtlicher Lösung verstehe.

An der maßgebenden französischen Stelle hat, wie ausdrücklich versichert wurde, die deutsche Note einen sehr günstigen Eindruck hinterlassen. Es spreche aus ihr zweifellos der Wunsch, die Verhandlungen fortzusetzen und zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Die Note enthalte nichts, was diese Verhandlungen unmöglich machen oder erfolglos erscheinen lassen könne.

Uebergabe der Note in Rom und London.

Rom, 21. Juli. (Radiomeldung.)

Der deutsche Botschafter überreichte dem hiesigen Auswärtigen Amt am Montagnachmittag die deutsche Note in Abschrift.

Der Sinn der Einzelüberreichungen und der Verzicht auf eine Kollektivschrift ist in dem Willen der Reichsregierung zu sehen, nicht nur mit Frankreich, sondern mit allen Ententemächten über die Sicherheitsfrage zu verhandeln.

London, 20. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Der deutsche Botschafter in London übergab Chamberlain am Montagnachmittag im Auswärtigen Amt eine Kopie der deutschen Antwortnote an Briand. Die anschließende Unterredung dauerte etwa eine halbe Stunde.

Havas über die deutsche Antwortnote.

Briands Antwort in 14 Tagen fertiggestellt.

Berlin, 21. Juli. (WTB.)

Ueber die deutsche Antwortnote veröffentlicht Havas folgende Auslassung: Die Note ist in sehr vorsichtigen Wendungen abgefaßt und ihre Beweisführung folgt im allgemeinen der Linie der französischen Note. Sie bedeutet in klarer Weise die Eröffnung von Verhandlungen. Die deutsche Regierung äußert gewisse Vorbehaltungen, namentlich hinsichtlich der Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde und der sich daraus für Deutschland ergebenden Verpflichtungen. Aber das sind gerade die Punkte, die man erörtern muß, und die ohne Zweifel bei späteren Verhandlungen geklärt werden können. Die Note der Reichsregierung liefert den Beweis, daß der Wunsch besteht, zu einem Ergebnis zu gelangen, was in Paris günstig aufgenommen würde. Reichsaußenminister Stresemann erklärt auch nicht, daß es besser wäre, eine Konferenz der alliierten Staaten einzuberufen, um die Erörterung fortzusetzen. Der Meinungsaustausch zwischen den Regierungen scheine geeignet zu sein, eine gewisse Aufklärung über die Art und Ausdehnung der Verpflichtungen herbeizuführen, die diese eventl. bei Unterzeichnung des gegenwärtigen Sicherheitspaktes annehmen müssen, namentlich was das Schiedsgerichtsverfahren im Falle eines Konflikts anbetreffe. Uebrigens will Außenminister Briand auf diese Weise die Verhandlungen fortsetzen. Man hofft, daß die französische Antwort auf die deutsche Note in etwa 14 Tagen fertiggestellt sein könne.

Die Hauptschuldigen.

Der Anteil Hindenburgs und Ludendorffs am Zusammenbruch Deutschlands.

Die Ursachen des Zusammenbruchs.

Sozialdemokratische Entschließungen.

Im Untersuchungsausschuß, dessen Aufgabe es war, die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs von 1918 festzustellen, haben die sozialdemokratischen Vertreter ihre Stellung in folgender Entschließung zusammengefaßt:

I.

Die Untersuchungen des 4. Unterausschusses betreffend die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 haben ergeben, daß das ungeheuerliche Annexionsprogramm, das die sechs großen Unternehmerverbände der Industrie und der Landwirtschaft (Zentralverband der Industriellen, Bund der Industriellen, Mittelstandsverband, Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Christliche Bauernvereine) im Mai 1915 der Reichsregierung unterbreitet, auch im Jahre 1918 noch das politische Denken der O. H. L. beherrschte. Belgien in möglichst starke militärische und politische Abhängigkeit von Deutschland zu bringen, war noch immer das Kriegsziel der kaiserlichen Heerführer. Auch die Absicht, daß an Belgien grenzende Küstengebiet bis etwa zur Somme mit Hinterland und die Erzgebiete von Briey zu annektieren, war von der Mehrzahl der kaiserlichen Generale noch nicht aufgegeben worden.

Noch unheilvoller für das deutsche Volk als die westlichen Annexionspläne war der Frieden, der im Osten unter starkem Druck der O. H. L. der russischen Sowjetrepublik brutal aufgezwungen worden war. Polen, Litauen, Lettland und Kurland waren von Rußland losgelöst worden, um sie mit militärischer Gewalt unter deutsche Oberhoheit zu bringen, wobei neben dem imperialistischen Ziel, Deutschlands Hegemonie über Osteuropa zu errichten, auch dynastische Absichten eine große Rolle spielten. Besonders verhängnisvoll sowohl in politischer als auch in militärischer Hinsicht war der Umstand, daß nach der Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk kein wirklicher Friedenszustand im Osten eintrat, sondern Rußland im Norden bis zur Düna, im Süden bis zu den östlichen Grenzen der Ukraine von deutschen Truppen besetzt blieb.

II.

Die Untersuchung hat klargestellt, daß nach der gesamten wirtschaftlichen Lage Deutschlands, die die Bevölkerung der Städte und industriellen Ortschaften zu einer furchtbaren Unterernährung zwang, sowie angesichts der durch das Hungerdasein von Frauen und Kindern stark erschütterten Kampfkraft der Truppen der letzte große Schlag nur gewagt werden durfte mit freiem Rücken nach Osten, d. h. auf Grund eines Friedensvertrages mit Rußland, der nur geringfügige Grenzkorrektionen vorsah und im übrigen den besetzten Gebieten Rußlands ihre volle Freiheit wiedergab. Eine weitere politische Voraussetzung für einen Erfolg der Offensive im Sinne der Herbeiführung eines Verständigungsfriedens mit den Westmächten war die Preisgabe aller Annexionsabsichten im Westen, insbesondere der offene Verzicht Deutschlands auf Belgien. Selbst bei einem Mißlingen der Offensive wäre unter diesen beiden politischen Voraussetzungen (Verständigungsfrieden im Osten und Freigabe Belgiens) noch ein erträglicher Frieden möglich gewesen, weil es dann den feindlichen Regierungen sehr schwer gewesen wäre, mit ihren kriegsmüden Truppen, die nach dem Zeugnis französischer Militärs nur noch im „Schatten der Tanks" zum Angriff vorwärtszubringen waren, den Kampf länger fortzusetzen.

III.

Die Untersuchungen des Unterausschusses haben ferner den Beweis erbracht, daß die Haupthindernisse für die Verwirklichung jener beiden politischen Voraussetzungen General Ludendorff und Generalfeldmarschall von Hindenburg waren. Beide erstrebten, im Bann des obenerwähnten Annexions-Programms der großen Wirtschaftsverbände stehend, eine wirtschaftliche Angliederung Belgiens an Deutschland, wozu sie eine mehrjährige Besetzung der belgischen Gebiete noch dem Friedensschluß als unumgänglich ansahen. Generalfeldmarschall von Hindenburg sah außerdem in der dauernden militärischen Besetzung Lüttichs eine Notwendigkeit. Wie hartnäckig die beiden Heerführer an ihren Forderungen festhielten, zeigen die Bekundungen des Generals Hoffmann, wonach Ludendorff vom Kaiser seine (Hoffmanns) Entlassung gefordert habe, weil er sich für einen Verständigungsfrieden mit Rußland und für die Freigabe Belgiens als den einzigen Weg zur Rettung Deutschlands eingesetzt hatte.

IV.

Was die militärische Vorbereitung der Offensive anbelangt, so macht sich der Unterausschuß hier das Urteil derjenigen militärischen Sachverständigen zu eigen, die sowohl in der Tagespresse als auch in Büchern und Broschüren die Ansicht vertreten haben, daß der mangelnde Abbau der Ostfront, der Verzicht auf die angebotene Heranziehung österreichisch-ungarischer Truppen, die Unterlassung der Herstellung starker Stellungen für den Fall eines Mißerfolges Offensive und der Versicht auf den Bau von Tanks für den Angriff wie für die Abwehr 1918 schwere Verfehlungen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und seines Generalquartiermeisters darstellen, denen es zuzuschreiben ist, daß der Mißerfolg der Offensive sich zu einer Katastrophe des deutschen Heeres auswuchs.

*

Wir werden auf die Ergebnisse der Untersuchungen, die Gutachten des Generals von Kuhl, des Obersten Schwerdtfeger und des bekannten Kriegshistorikers Prof. Dr. Hans Delbrück sowie auf die Debatten in diesem Untersuchungsausschuß noch ausführlicher eingehen.

Delbrück über Ludendorff.

Wie der Schwedenflüchtling Deutschland um einen leidlichen Frieden brachte.

Berlin, 21. Juli. (Radiomeldung.)

Der bekannte Geschichtshistoriker Hans Delbrück, vor allem bekannt durch seine Beteiligung an dem Untersuchungsausschuß zur Feststellung der Ursachen des Zusammenbruchs, schreibt aus Anlaß des jetzt vorliegenden Ergebnisses über „Ludendorffs Strategie im Jahre 1918" im „Berliner Tageblatt" abschließend u. a. folgendes:

„Ludendorff entwarf 1918 einen Feldzugsplan, der das englische Heer aufrollen und vernichten sollte und ihm dann auch das französische Heer ausgeliefert hätte. Alles, ehe die Amerikaner eingreifen konnten. Noch ehe es an die Ausführung ging, erkannte Ludendorff, daß ein solches Unterfangen über unsere Kräfte ging und verteilte die Kräfte so, daß wir Aussicht hatten, an einer besonders schwach besetzten Stelle der feindlichen Macht durchzudringen, ohne zu bedenken, daß ein Erfolg an dieser Stelle, d. h. in der Richtung Paris, in Widerspruch stand mit der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250721-17/fragment/page=0001

Grundidee, der Richtung gegen das Meer. Wir drangen vor, aber die Offensive lief nun in drei Richtungen auseinander und blieb stecken. Um seine Mißerfolge nicht eingestehen zu müssen, täuschte Ludendorff nicht nur die öffentliche Meinung, sondern auch den Kaiser, den Reichskanzler und das Auswärtige Amt über die militärische Lage, um dann plötzlich in das Gegenteil umzuschlagen, so daß die sinnlos überstürzte Waffenstillstandsforderung uns der letzten Möglichkeit, zu einem leidlichen Frieden zu gelangen, beraubte."

Das Ruhrgebiet frei.

Bochum, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Das eigentliche Industriegebiet an der Ruhr kann ab Dienstag bzw. Mittwoch als vollkommen geräumt gelten, nachdem an diesem Tage auch Essen und Umgebung von der Besatzung frei werden sollen. Der Rückmarsch dürfte bis Freitag beendet sein, so daß dann die gesamten Besatzungstruppen wieder linksseitig vom Nieder- und Mittelrhein stehen werden.

Inzwischen hat die Besatzungsbehörde weiter mitgeteilt, daß sämtliche Städte der zunächst geräumten Zone ab Montagnacht 12 Uhr als besatzungsfrei gelten. Die Schupo rückt deshalb in der Nacht vom Montag zum Dienstag oder im Laufe des Dienstag wieder ein. Die Gendarmerieabteilungen der Besatzungsarmee und die Kriminalpolizei haben mit den Truppen die Städte verlassen.

Rückzug der Belgier.

Düsseldorf, 21. Juli. (Radiomeldung.)

Die belgische Besatzungszone auf dem rechten Rheinufer ist seit der Nacht vom Montag zum Dienstag 12 Uhr von belgischen Truppen restlos geräumt. In Düsseldorf, wo französische Besatzung liegt, wurde am Montag ebenfalls mit der Räumung begonnen.

Schwarzweißrote Eselei.

Bochum, 21. Juli. (WTB.)

Gestern gab es vor dem Bahnhofshotel, dessen Besitzer entgegen der Anordnung der Stadtverwaltung, daß Bochum erst ab 12 Uhr besatzungsfrei sei, schon um 9 Uhr die schwarzweißrote Fahne (!) herausgehängen hatte, zu schweren Zusammenstößen. Die Polizei mußte die Menge mit der blanken Waffe vertreiben.

Die Krise im Ruhrbergbau.

60 000 Bergarbeiter vor der Entlassung.

Die Krise im Ruhrbergbau wird von Tag zu Tag gefährlicher. Die Stillegungsaktion bedroht eine ganze Reihe von Gemeinden in ihrer Existenz. Die Hilferufe der Gemeinden und die Warnungen der Bergarbeiter sollten von den maßgebenden Stellen allmählich nun doch etwas ernster beachtet werden. Wohl hoffen besonders schlaue Leute, daß der drohende Bergarbeiterstreik in England zur Tatsache wird und die deutschen Kohlenhalden, wenn auch infolge des Widerstandes der Arbeiter, nicht nach England, so doch nach den übrigen europäischen Kohlenmärkten exportiert werden können. Wieder andere setzen ihre Hoffnung auf die Reichsbahn; sie soll jetzt schon ihren Winterbedarf anschaffen. Dabei ist die Reichsbahn, wie ein Blick auf die Sammelstellen der Lokomotiven zeigt, sicher für 50 bis 60 Tage mit Kohle eingedeckt. Wo aber soll die Reichsbahn das Geld hernehmen? Bis jetzt hat sie immer erklärt, daß sie kein Geld hat.

Was sind Hoffnungen, was sind Pläne? Selbst wenn der Ruhrbergbau vorübergehend etwas Luft bekäme, so wäre damit sein Problem nicht gelöst; denn der Abbau und die Stillegung würden nach der Galgenfrist mit neuer Schärfe einsetzen. Wenn die Verminderung der Belegschaft von 450 000 Mann, wie sie in diesem Frühjahr noch bestand, auf den Friedensstand von 372 000 unvermeidlich ist, dann ist mit einer Entlassung von 50- bis 60 000 Bergarbeitern zu rechnen. Hält man diese Verminderung für unumgänglich, dann muß frühzeitig für die Unterbringung der arbeitslos werdenden Bergleute gesorgt werden. Bis jetzt sind diese in den umfangreichen Tiefbau- und Straßenbauarbeiten Rheinland-Westfalens untergekommen. Für den Straßenbau wurde im Ruhrgebiet während des Krieges, nach dem Kriege und natürlich erst recht während der Besetzung nicht viel getan. Es ist da eine Menge nachzuholen. Die umfangreichen Pflasterungen geben wieder den Steinbruchbetrieben und damit vielen arbeitslosen Bergleuten Beschäftigung. Was aber soll im Winter werden, wenn der größte Teil der Bauarbeiten nicht weitergeführt werden kann? Will man etwa die Dinge an sich herankommen lassen? Grobe Fahrlässigkeit könnte sich eines Tages bitter rächen.

Das Landes-Arbeits- und Berufsamt der Rheinprovinz teilt mit, daß die wirtschaftliche Lage des westdeutschen Industriegebietes eine weitere nicht unbeträchtliche Verschlechterung erfahren hat. In einer Reihe von Industrien sind weitere Kündigungen und Entlassungen erfolgt. So haben Rheinstahl 150, die Niederrheinische Hütte 700 bis 800 Mann gekündigt, die Kruppsche Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen zwei Hochöfen ausgeblasen, wodurch ebenfalls etwa 500 Mann arbeitslos werden. In Wesel hat eine Pianofabrik ihren Betrieb geschlossen, wodurch 100 Mann zur Entlassung kamen. Ueberall wird Absatzmangel als Grund der Betriebseinschränkungen angegeben. Als noch verhältnismäßig befriedigend beschäftigt gelten das Baugewerbe und die Stein- und Textilindustrie. Die Landwirtschaft klagt jetzt während der Ernte lebhaft über Abwanderung ihrer Facharbeiter in die Industrie mit ihren besseren Arbeitsbedingungen.

Englische Wirtschaftskrise

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

Der jüngste Beschluß der Bergarbeiter-Konferenz in Scarborough, nicht zu verhandeln, solange die Unternehmer ihre Vorschläge nicht zurückziehen, hat den bisherigen Zustand der Ungewißheit beendet. Man ist auf einem toten Punkt angelangt, der bis zum kritischen Termin nur dann überwunden werden kann, wenn die Unternehmer sich zu einem ausgesprochenen Rückzug entschließen. Das aber ist angesichts der bisherigen Haltung der Unternehmerorganisation, in der die draufgängerischen Elemente anscheinend Oberwasser haben, nicht unbedingt zu erwarten. Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Organisationen ist damit auch auf einem Punkt angelangt, von dem aus es möglich ist, die Ursachen und den bisherigen Verlauf der Krise zu schildern. Es ist selbstverständlich, daß auch diese Auseinandersetzung zwischen Unternehmern und Arbeitern einer ganzen Industrie unter einem weiteren als dem rein sozialen Gesichtspunkt betrachtet werden muß. Die Ursache auch dieser Krise liegt tief in den wirtschaftlichen Verhältnissen eingebettet. Sie ist nur im Lichte der gesamten britischen Wirtschaftslage verständlich.

Großbritannien hat zwar seinen verhältnismäßigen, prozentualen Anteil am Außenhandel der Welt gegenüber der Vorkriegszeit aufrechterhalten können; die Verkleinerung des Gesamtumfanges dieses Außenhandels der Welt mußte Großbritannien aber als reines Industrieland am stärksten treffen. Das ist die Ursache für die dauernde Depression der Gesamtwirtschaft und die absolute Höhe der Arbeitslosenziffern. Im Rahmen dieser die gesamte britische Wirtschaft betreffenden Schwierigkeiten ist der britische Kohlenbergbau besonders hart getroffen. Die technischen Veränderungen der Kraftunterlage, d. h. die Umstellung auf Elektrizität und Oel, haben den Kohlenbedarf der Welt, um nur das wichtigste Moment zu nennen, stärker zusammenschrumpfen lassen als den Bedarf nach irgendeinem anderen der britischen Exportwaren. Das wurde nach dem Kriege bald sichtbar, im Jahre 1923 für Großbritannien aber durch den Ruhrkrieg wieder verschleiert. Der Ruhrkrieg bedeutete für England Nachfrage nach Kohle und damit im Bergbau erhöhte Gewinne und erhöhte Beschäftigung. Erst die letzten zwölf Monate haben die ganze Schwere der Lage des britischen Kohlenbergbaues in seiner bisherigen, traditionellen Bewirtschaftungsform inmitten einer veränderten Weltwirtschaft erbarmungslos aufgezeigt. Die folgenden Ziffern geben davon ein eindrucksvolles Bild. So wurden an Kohle expediert:

Juni 1923 4 882 291 Tonn. i. Wert v. rund 120 Mill. Goldmark
Juni 1925 3 733 845 „ „ „ „ „ 80 „ „

Naturgemäß ging Hand in Hand mit diesem Rückgang des Exportes und dem Rückgang der Produktion infolge des verminderten Inlandbedarfs eine erschreckende Steigerung der Arbeitslosigkeit von 59 700 im Juni 1924 auf 129 994 im Oktober 1924 und 314 000 im Juni 1925.

Das unglückselige Zusammentreffen dieser außerordentlichen Verschärfung der rein wirtschaftlichen Krise, die in der Schließung einer großen Anzahl von Zechen und in dem Rückgang der Gewinne in einzelnen Distrikten zum Ausdruck kam, hat für die Unternehmer den Entschluß, den für ganz Großbritannien geltenden Bergarbeitertarif zu kündigen und die Gelegenheit zu einer bedeutenden Verbilligung der Arbeitskraft zu benutzen, wesentlich erleichtert, um so mehr als sie in dieser Situation mehr als jemals vorher und nachher die Stimmung der Oeffentlichkeit zu ihren Gunsten gewinnen zu können hofften. Nach dem Willen der Unternehmer soll der am 31. Juli ablaufende Tarifvertrag nicht mehr erneuert werden und an seine Stelle eine neue Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses treten, die auf der ganzen Linie eine außerordentliche Verschlechterung bedeuten würde. Die Unternehmer wollen die Rückkehr zum Achtstundenarbeitstag, niedrigere Löhne, Beendigung des Prinzips eines nationalen Lohnabkommens und insbesondere des Systems der Mindestlöhne erzwingen. Die Arbeiter sollen außerdem noch der Fixierung garantierter Gewinne für die Unternehmer zustimmen. Die Unternehmer schlagen z. B. folgende gefährliche Verknüpfung von Lohn und Unternehmergewinn vor: Der nach Abzug aller Kosten mit Ausnahme der Kosten für die Arbeitskraft verbleibende Ertrag soll zwischen Arbeitern und Unternehmern bzw. Aktionären nach einem festen Schlüssel aufgeteilt werden, wonach auf Löhne 87 Prozent, auf Gewinn 13 Prozent entfallen sollen. Das Bedenkliche an diesem Vorschlag, wie auf den ersten Blick sichtbar wird, ist die Sicherung eines Gewinnes ohne jede Rücksicht auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, deren 87 Prozent zeitweise unter das Existenzminimum sinken können.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft diesem Versuch, ihre Lebenshaltung herabzudrücken, die ohnedies unter der Kaufkraft von 1914 liegenden Löhne noch weiter erheblich zu verschlechtern, alle Kraft entgegensetzen muß. Sie kann darauf verweisen, und diese Auffassung wird auch im bürgerlichen Lager in weitem Maße geteilt, daß die Löhne heute bereits zu niedrig sind. Nach den Feststellungen des Abgeordneten der Arbeiterpartei Vernon Hartshorn beträgt der Durchschnittswochenlohn eines beschäftigten Bergarbeiters heute 50 Goldmark, wobei nicht übersehen werden darf, daß Tausende und aber Tausende von Bergarbeitern, insbesondere in Südwales kaum die Hälfte dieses Lohnes beziehen. (Der deutsche Arbeiter muß bei der Beurteilung dieser Löhne in Rechnung stellen, daß die Kosten eines englischen Bergarbeiterhaushaltes 30, vielleicht sogar 50 Prozent höher sind als die deutschen, so daß der Reallohn des britischen Bergarbeiters kaum erheblich über dem deutschen steht.) Die Arbeiterschaft weist ferner darauf hin, daß die Gewinne der Unternehmer trotz der seit Jahren niemals verstummten Klagen in den jüngsten Jahren ganz erheblich waren. So haben die Bergbauunternehmer Großbritanniens im Krisenjahr 1924 nicht weniger als 300 Millionen Goldmark an Gewinnen erzielt. Eindrucksvoller aber noch als diese absolute Ziffer ist die Tatsache, daß die Gewinne pro Tonne Kohle in den Jahren 1921 bis 1923 rund 1,4 Mk. gegenüber 80 Pf. in den Jahren 1908 bis 1913 betrugen, also im Gegensatz zu den Löhnen die Entwertung der Kaufkraft des Goldes völlig wettgemacht haben. Abgesehen von diesen direkten Gewinnen gibt es in England aber noch eine zweite Gruppe, die aus dem Bergbau im Jahre 1924 nicht weniger als 120 Millionen Goldmark an völlig arbeitslosen Einkommen bezogen hat. Das sind die Grund- und Bodenbesitzer, insgesamt 3789 Personen (darunter auch Organisationen wie die Kirche!), an welche die sogenannten „royalties", die mittelalterliche englische Form einer Art von „Grundzehnt" noch heute abgeführt werden muß. Das eindrucksvollste Argument der Arbeiterschaft aber gegen die Sanierung auf dem Rücken der Lohnempfänger ist die bis weit in die konservativen Kreise hinein geteilte Auffassung, daß der Exportrückgang der britischen Kohle, soweit er nicht eine Folge veränderter äußerer Umstände ist, nicht von den Löhnen, sondern von der Verteuerung stammt und eine Nachgiebigkeit der Arbeiterschaft also nur eine Prämie auf die Schwerfälligkeit, Unfähigkeit der Anpassung usw. bedeuten würde.

So stehen sich fast unüberbrückbar die Forderungen der Arbeiterschaft nach Aufrechterhaltung der Mindestlöhne, des nationalen Charakters des Lohnabkommens, nach Anpassung der Löhne an die Kaufkraft von 1914, auf der andern Seite die Forderungen der Unternehmer nach längerer Arbeitszeit, niedrigeren Löhnen und Garantierung ihres Gewinnes gegenüber. Die Vorbesprechungen auf beiden Seiten, die mit dem jüngsten Beschluß der Bergarbeiterkonferenz abgeschlossen sind, haben nicht nur keine Annäherung, sondern eine wesentliche Verschärfung gebracht. Die Lage ist äußerst ernst und es scheint, daß die Unternehmer nach Aufstapelung phantastischer Kohlenvorräte zum Kampf entschlossen sind, während die Bergarbeiter nach dem eigenen Geständnis ihres Präsidenten gegenwärtig allein und ohne Hilfe einem langdauernden Kampf inmitten der Krise nicht gewachsen sein dürften. Alles wird im Fall einer Aussperrung davon abhängen, in welchem Maß die Gesamtgewerkschaftsbewegung Großbritanniens Hilfe leisten kann, wieweit es gelingt, Transportarbeiter und Eisenbahner in ein Defensivbündnis einzubeziehen und in welchem Maß die internationale Solidarität der Bergarbeiter den englischen Kollegen zu Hilfe kommen kann.

Das Arbeitsministerium vermittelt.

London, 21. Juli. (WTB.)

Der vom Arbeitsministerium eingesetzte Untersuchungsausschuß, der sich mit der Kohlenkrise befaßt, trat gestern zusammen und nahm die Darlegung der Arbeitgeber entgegen. Der Vorsitzende des Ausschusses Mac Millan regte an, die Arbeitgeber möchten ihre Vorschläge wegen eines neuen Lohnabkommens zurückziehen, um dadurch die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Bergleuten zu ermöglichen.

Die englischen Kreuzerneubauten.

London, 20. Juli. (WTB.)

Die gestrigen Abendblätter melden übereinstimmend, wegen der Frage der Kreuzerneubauten sei es im Kabinett zu einem Kompromiß gekommen, so daß die Gefahr einer Kabinettskrise als beseitigt gelten könne. Dem „Evening Standard" zufolge sollen in diesem Jahre statt der geforderten fünf Kreuzer nur zwei oder drei auf Stapel gelegt werden. Die endgültige Entscheidung wegen des Bauprogramms sei auf nächstes Jahr aufgeschoben werden.

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratie in Danzig hat sich für den Eintritt in die Regierung entschlossen. Er hat zu diesem Zweck ein Mindestprogramm aufgestellt, das von den bürgerlichen Parteien, soweit ihre Beteiligung an der Regierung in Frage kommt, angenommen werden dürfte.

Jungfer Mutter.

Eine Wiener Vorstadtgeschichte von Ada Christen.

29 (Nachdruck verboten.)

Die Marie jodelte lustig, lief wieder einige Schritte weiter, hielt inne und schaute zurück auf den Judengarten. Die Stirne wurde wieder so kantig, wie das immer geschah, wenn in dem hellen Kopfe ein Gedanke arbeitete, für den sie keine rechten Worte fand. Eine Weile blieb sie stehen und hielt die Planke im Auge, dann stand sie neuerdings still und sang:

„Sei nicht z'wider, sei lustig,
„Es kost' allerweil ein Geld,
„Lern' singen! — lern' lachen! —
„Ueber die bucklete Welt!"

Nach dieser frisch gejodelten Lebensweisheit schlenderte die Marie weiter, und wie eine heitere Mahnung klang ihr Gesang zurück in den verzauberten Garten.

Die Hanne hielt den Zettel fest in der Hand, und als sie die Stimme der Sängerin nimmer hörte, stolperte sie verschüchtert und verschreckt den bekannten Weg, schlüpfte durch die Planke und lief heim.

„Da bring' ich dir vielleicht eine gute Stell' Leopold, gelt, du gehst hin und schaust's an?"

Ohne viel danach zu fragen, woher die Hanne den Zettel brachte, nahm ihn der Leopold an sich und ging zu dem Manne, der die Stelle zu vergeben hatte. Die Strohschneider-Marie mochte wohl schon früher mit ihrem Vetter gesprochen haben, denn als er sich nach Name und Wohnort des Leopold erkundigte und ihn schonend fragte, wo sein zweiter Arm geblieben sei, und über alles genaue Antwort bekam, machte er seinen neuen Diener mit dem Notwendigsten vertraut, gab ihm Handgeld und der Leopold hatte wieder Arbeit und Brot.

Das war viel, aber wenig für den, der mit seiner einen starken Hand noch vor einem Jahre das Glück festhalten wollte für immer. Wo war sein Glück? Wenn er sich den Tag über müde gelaufen hatte, so saß er am Abend schweigend und verdrossen in seiner Stube, er mochte in kein Wirtshaus gehen, es dünkte ihm, als hätten die Leute dort gar nichts zu tun, als nach ihm zu gaffen und von ihm zu reden, und darum ging er nun auch so früh in sein Nest wie alle anderen in der „Blauen Gans".

Längst stand sein Bett vorne neben der Türe, wo es seinerzeit gestanden, als noch der alte Weiß d'rinnen schlief; der Lene ihr Bett hatte jetzt die Hanne, und das war auf dem alten Platze in der dunklen Ecke geblieben und daneben das Lager des Buben. Das Mädchen hatte auch den Bilderschirm vom Dachboden herabgekramt und sich damit eine Wand für ihren Winkel gemacht, sie hätte im Nachbarhause schlafen können, der Leopold hätte nicht weniger gesehen und gehört von ihr.

Diese Ruhe war ihm unerträglich, sie beängstigte ihn, er konnte Nacht um Nacht erst spät einschlafen, und erwachte, wenn es noch dunkel war, und in all den schlaflosen Stunden lag das Gefühl der Vereinsamung wie ein schweres Gewicht auf seiner Brust, und ob er sich auch rechts und links wälzte, er konnte es nicht abschütteln.

Manchmal schrie das Kind auf oder lallte im Traum, dann horchte er, aber er hörte keine Bewegung der Hanne, obgleich er wußte, daß sie es war, die den Kleinen so rasch beruhigt hatte. Mit spitzfindiger Grübelei setzte er sich auseinander, daß ihm sein Kind so gleichgültig sei wie die Pflegerin, aber die zwei hatten sich so aneinander gewöhnt, daß er froh sein konnte darüber, er sei ja überflüssig da. Und von Tag zu Tag wurde der Kleine ihm ähnlicher . . . wenn er wenigstens das Gesicht seiner schönen Mutter hätte, sagte sich der Leopold.

Der Mann fühlte sich ganz frei, vogelfrei und doch an allen Enden gebunden. Mit vorwurfsvoller Neugierde sah er zu und wartete, wie lange das junge Mädchen stillschweigend dieses freudlose Zusammenleben mit ihm ertragen werde. Manchmal lauerte er auf einen Blick, auf ein Wort, das ihm eine Handhabe geben könne zu dem letzten und innersten Grund ihrer Opferfähigkeit, oft stand er nahe daran, sie zu fragen: „Warum bist du da?" Was ihm ehemals so natürlich erschienen war, ihre Herzensgüte, ihre Neigung zu dem Kinde und ihm hatte ein anderes Gesicht bekommen, seit die Lene davon gesprochen hatte, und wenn in den schlaflosen Nachtstunden das Blut rascher durch die Adern trieb, wenn die Liebe, die Sehnsucht, die Gier nach seinem Weibe ihn übermannten, dann war es, als flüsterte ihm jemand in die Ohren: „Weib ist Weib, horche nur! da unten schläft eine, die dir gehört mit Leib und Seele, wenn du sie nehmen willst."

„Das muß anders werden!" rief sich der Leopold selbst zu, wenn er heimkehrte und die Hanne still auf ihrem Platze am Fenster fand, denn oft beschlich es ihn leise auf dem Weg: „Vielleicht ist sie nicht mehr da . . ."

Was aber beginnen, wenn sie einmal nicht mehr da war? Macht das die Einsamkeit erträglicher?

Den Buben in Pflege geben zu ihr, zu dem Mädel, meinetwegen, sie sind so aneinander gewöhnt . . . und dann allein aus der „Blauen Gans" wandern! Dann könnte man wieder frei Atem holen. . . . Ja, aber . . . aber die alte Frau Walter! die ist des Teufels, die nimmt ihre Tochter nimmer heim, das hat sie verschworen, und dumme, böse Weiber halten alles, was sie schwören. Allein leben kann die Hanne doch auch nicht, jeder Lump könnte keck nach ihr langen, seit sie im Verruf ist mit einem verheirateten Mann . . . Rechts und links zugesperrt, flieg nur, Vogel mit den gestutzten Flügeln! . . . Alles so verquickt und so verworren, kein Ausweg . . .

Seit die Brotsorge weggefallen war, trug der Leopold den Kopf wieder ein wenig höher, und wenn er dem Mädchen das Haushaltsgeld am Sonnabend hinlegte, so tat er dies viel bedachtsamer als früher bei seinem Weibe, er schaute sich auch ihr Rechenbuch genau an, und mehr als einmal sagte er ihr:

„Es ist schon gut, daß du so Ordnung hältst in allem, du wirst einmal deinem Mann viel ersparen, denn du weißt selbst, wie schwer sich das Geld verdient."

Wenn sie ihn bei solchen Worten mit hellen Augen ansah oder vor sich hinlächelte, wandte er sich ab und grübelte, ob sie ihm niemals eine Antwort geben werde, die ihn hineinsehen ließe in das stille Geschöpf.

„Entweder hat sie nicht ein Fünkerl Galle oder nicht ein Fünkerl Weiberverstand," grollte er nach einem solchen Versuche.

Bald aber ging ihm auch die Neugierde verloren, er wollte das Mädchen nicht mehr versteckt mahnen und warnen vor der Zukunft, sie wußte ja, was geschehen würde, wenn die Lene wiederkam. . . . Die Lene! . . . mit starrsinniger Hartnäckigkeit begehrte er nur nach ihr, und dieses stumme, trotzige, nagende Begehren erstickte allmählig jeden anderen Gedanken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250721-17/fragment/page=0002
DFG

Die Zollvorlage in den Ausschüssen noch in dieser Woche beendet!

Massendemonstration der Berliner Arbeiter?

Berlin, 21. Juli. (Radiomeldung.)

Es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß die Ausschußberatungen über die Zollvorlage in dieser Woche beendet werden. Die Verhandlungen über das Zollkompromiß scheinen weit genug gediehen zu sein, um heute eine Einigung unter den Regierungsparteien zustande zu bringen. Der „Berliner Lokalanzeiger" schreibt über das Kompromiß: „Die endgültige Fassung des in Aussicht stehenden Kompromisses wird voraussichtlich heute möglich sein, jedoch rechnet man in den Kreisen des Ausschusses mit großer Wahrscheinlichkeit auf ein Zustandekommen einer solchen Einigung. Die Basis dafür ist darin zu erblicken, daß die Regierung auf die in der Vorlage vorgesehenen Mindestzölle für Getreide verzichtet, seitdem die Aussicht besteht, daß auch die Deutschnationalen sich mit einer solchen Lösung einverstanden erklären werden. Man wird an den autonomen Getreidezöllen festhalten und für Handelsvertragsverhandlungen die Bewegungsgrenzen nach unten hin ziemlich tief senken. Für Vieh und tierische Produkte werden die Verhandlungszölle dagegen eine etwas höhere Untergrenze aufweisen. Auf Gefrierfleisch ist die zollfreie Einfuhr eines begrenzten Kontingents in Aussicht genommen."

Bevor die Verhandlungen im Ausschuß abgeschlossen werden dürften, wird die Berliner Arbeiterschaft der Reichsregierung und den Regierungsparteien einen geharnischten Protest in die Ohren klingen lassen. Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin und der Bezirksvorstand der SPD. Groß-Berlins fordern am Freitag, dem 24. Juli, im Lustgarten zu einer Massendemonstration auf. Diese gilt als Protest gegen die Brot- und Lebensmittelzölle, gegen die verlängerte Arbeitszeit und gegen die niedrigen Löhne, also gegen das Wirtschaftsprogramm jener Parteien, die sich anmaßen, Deutschlands Volk erretten zu müssen.

Die Papierzölle.

Berlin, 21. Juli. (Soz. Presse-Dienst.)

Im handelspolitischen Ausschuß des Reichstages wurde am Montag der Rest der Industriezölle erledigt, wobei es insbesondere bei der Tarifposition „Papier" zu längeren Auseinandersetzungen kam. Genosse Breitscheid wies auf die Tatsache hin, daß die deutsche Papierindustrie bereits vor dem Kriege 25 Prozent ihrer Produktion ausführte und sich trotz der Einschränkungen der Herstellung und der ungenügenden Ausnutzung der Betriebe diese Ausfuhrquote in den letzten Jahren auf 40 Prozent erhöht habe. Die Papierpreise seien für das Inland jetzt noch um 70 bis 100 Prozent höher als die vom Ausland verlangten. Die deutsche Papierindustrie sei in hohem Maße und dauernd auf die Ausfuhr angewiesen. Deshalb seien Zölle nicht angebracht, um so weniger als die schwedische und finnische Konkurrenz nicht billiger produziere. Der deutschnationale Abgeordnete Lejeune-Jung, einer der Interessenten der Papierindustrie, bezeichnet einen Zoll von 50 Mark für Zigarettenpapier als wichtigstes Verhandlungsobjekt gegenüber Frankreich und Belgien. Die hohen deutschen Papierpreise würden im Auslande namentlich durch die teueren Rohstoffe gemacht. Um den von dort ausgehenden Preisschwankungen entgegenzuwirken, sei die Einführung der vorgesehenen Zölle notwendig. Auch der Zentrumsabgeordnete Lammers brach eine Lanze für die Papierindustriellen. Er wies besonders darauf hin, daß die meisten Betriebe angeblich dividendenlos arbeiten und einige Papierindustriebetriebe infolge dieses Zustandes bereits zugrunde gegangen seien. Genosse Breitscheid verwies demgegenüber darauf, daß die Verteuerung z. B. des Zigarettenpapiers die Zigarettenindustrie in noch größere Schwierigkeiten bringen müsse. Auch die Industrie von Bildpostkarten mit ihren 150 000 Arbeitern werde auf das schwerste gefährdet. Von der Verschlimmerung der geistigen Not unseres Volkes, die ohnehin schon infolge der Verteuerung des Papiers bestehe, solle dabei erst gar nicht geredet werden. Schließlich wurden alle Anträge der Linken auf Zollfreiheit abgelehnt und Zollpositionen von den Regierungsparteien angenommen, ja, an einigen Stellen sogar noch erhöht.

Polnische „Kolonisierung".

Gegen die nationalen Minderheiten.

Warschau, 21. Juli. (Radiomeldung.)

Der polnische Sejm hat am Montag das polnische Agrargesetz endgültig angenommen. Es bestimmt, daß in jedem Jahr ein Landaufteilungsplan aufzustellen ist, der 200 000 Hektar Gutsländereien zur Parzellierung umfaßt. Die Opfer dieser Gesetzesbestimmungen dürften hauptsächlich unter den nationalen Minderheiten zu suchen sein. Gegen die deutschen Minderheiten enthält das Gesetz z. B. die Bestimmung, daß alle von den Teilungsmächten unter Sonderbestimmung erworbenen Landstücke ohne Schonung irgendeines Rechtsbesitzes bis auf das letzte aufgeteilt werden können. Im übrigen ergab sich aus der Debatte, daß die Parzellierungspläne dazu dienen sollen, zunächst einmal in den Grenzgebieten polnisch zu kolonisieren.

Zusammenschluß der republikanischen Jugend

München, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Dieser Tage haben sich sämtliche republikanischen Jugendorganisationen Münchens unter dem Namen „Vereinigte republikanische Jugendverbände Münchens" zusammengeschlossen, um ihre jugendpolitische Tätigkeit auf eine breitere Grundlage zu stellen. Den Vereinigten republikanischen Jugendverbänden gehören an: Arbeitsgemeinschaft republikanischer Studenten, Klub demokratisch gesinnter Studenten, Gemeinschaft der Jungsozialisten, Jungdemokratische Arbeitsgemeinschaft München, Jungmannschaft des Reichsbanners und die Zentrumsjugend Münchens. Mit dieser Bindung hat der Gedanke nunmehr seine Verwirklichung gefunden, den die politischen Erfahrungen der letzten Jahre zur unabweisbaren Notwendigkeit in München machten.

Belagerungszustand in Portugal.

Lissabon, 20. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die portugiesische Regierung hat am Montag auf Grund der Umsturzbestrebungen den verschärften Belagerungszustand verhängt, obwohl sie vollständig Herr der Lage ist. Ueberall herrscht vollkommene Ruhe. Bei der Unterdrückung des Umsturzes wurden drei Personen getötet und 15 verwundet. Die Anführer der Bewegung sind restlos verhaftet und sollen unter dem Belagerungszustand abgeurteilt werden. In Anbetracht der vollkommenen Ruhe scheint die Verhängung des Ausnahmezustandes überhaupt nur den Sinn zu haben, eine schnelle und schwere Aburteilung der Aufrührer zu ermöglichen.

Japanische Arbeiterbildungsschulen.

Tokio, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Mit der zunehmenden Industrialisierung Japans hat auch das Bildungswesen in der japanischen Arbeiterschaft erfreuliche Fortschritte gemacht. Nach einer Veröffentlichung des Innenministeriums bestehen gegenwärtig 20 Arbeiterbildungsschulen. Sie unterweisen ihre Schüler alle in besonderen Spezialgebieten. Reine wissenschaftliche Arbeit wird in sieben Schulen geleistet. Fünf Schulen beschäftigen sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, während vier andere praktische Arbeiterfragen zum Gegenstand ihres Unterrichts gemacht haben. Interessant ist, daß zwei Schulen ihren Schülern in der Hauptsache Wege zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung zeigen. Die erste Schule entstand aus dem im Jahre 1911 gegründeten „Volksvortragsverein". Zehn Schulen befinden sich in Ostjapan, und zwar alle in Tokio, während sich die anderen auf die wichtigsten Städte Westjapans verteilen. Zwei der in Tokio befindlichen Schulen sind Einrichtungen der Gewerkschaften. Die Schulen Westjapans werden alle von den Gewerkschaften unterhalten und sind in der Föderation der Arbeiterschulen Westjapans vereinigt. Die Schüler aller Schulen sind hauptsächlich Fabrikarbeiter und Mitglieder der Gewerkschaften. Die einzelnen Lehrgänge dauern drei Monate bis ein Jahr. Die Kosten des Unterrichts belaufen sich für den einzelnen Schüler auf 1 bis 2 Mark pro Monat. Diese Zahlen beweisen, daß die Bildungsarbeit der japanischen Arbeiterbewegung zwar noch recht primitiv ist, aber doch sehr erfreuliche Ansätze zeigt.

Die französischen Generalratswahlen.

Paris, 21. Juli. (Radiomeldung.)

Die Ergebnisse der Generalratswahlen liegen jetzt bis auf einen ganz geringen Teil vor. Von ihnen erhält das Linkskartell 560 Mandate statt bisher 485, also 75 Mandate mehr. Die Opposition hat es auf 686 Mandate gebracht statt bisher 757. Sie verlor 71 Mandate.

In den 686 Mandaten der Opposition sind 130 Sitze der Radikalen eingerechnet, die bisher zwar dem Nationalen Block zugezählt wurden, sich jetzt aber zum Teil der Linken anschließen werden. Immerhin ist ein abschließendes Urteil über den Ausgang der Wahlen erst möglich nach den Stichwahlen.

Paris, 21. Juli. (Havas.)

Havas zufolge stellt sich das Gesamtergebnis der Generalratswahlen wie folgt: Konservative 115, Republikaner 236, Linksrepublikaner 223, Rechtsradikale 138, Radikale 444, Sozialistische Republikaner 49, Sozialisten 91, Kommunisten 2. Anzahl der Stichwahlen: 196. Zwei Ergebnisse stehen noch aus.

Hottenrott verhaftet. Aus Magdeburg wird gemeldet: Wie wir erfahren, ist gestern in seiner Villa in Königsborn der Verleger der aus dem Ebert-Rothardt-Prozeß bekannten Mitteldeutschen Presse, Hans Hottenrott (Staßfurt) verhaftet worden. Hottenrott hatte noch eine längere Gefängnisstrafe zu verbüßen, der er sich durch die Flucht entzogen hatte.

Painlevé über die Lage in Marokko

Paris, 21. Juli. (WTB.)

Nach Beendigung eines Ministerrats erklärte Ministerpräsident Painlevé über die Lage in Marokko: „Marschall Pétain führt gegenwärtig in Marokko eine Mission aus, deren Dauer von vornherein nicht bestimmt werden kann. Er wird so lange dort bleiben, wie die Umstände es erfordern. Was die militärische Lage betrifft, so werden alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um die Front zu befestigen und eventuell einen entscheidenden Schlag zu führen, um den Frieden sicherzustellen. Die Offensivoperationen werden, falls sie überhaupt unternommen werden müssen, erst dann beginnen, wenn alles dafür fertiggestellt ist. Jedenfalls werden die Friedensverhandlungen fortgesetzt. Abd el Krim weiß bereits, daß ein spanischer und französischer offiziöser Abgesandter die Friedensbedingungen in Händen hat. Es genügt, daß er einstweilen den Wunsch hat, sie kennenzulernen."

Eine Friedrich-Ebert-Plakette, modelliert von Professor Kolbe (Berlin), der auch die Totenmaske und die für den Reichstag bestimmte Ebert-Büste herstellte, hat soeben die „Preußische Bergwerks- und Hütten-A.-G." in ihrer Gleiwitzer Hütte herstellen lassen. Die künstlerisch außerordentlich gelungene und alle bisher in den Handel gekommenen Plaketten überragende Arbeit wird schon in den nächsten Tagen in den Handel kommen und vermutlich durch die republikanischen Organisationen auf Sammellisten zu beziehen sein.

Der Steuerausschuß des Reichstags setzte am Montag die Beratung der Erbschaftssteuer fort. Es wurde ein Antrag angenommen, nach dem Zuwendungen an politische Vereine und Parteien zu politischen Zwecken steuerfrei bleiben sollen. In der Nachmittagssitzung beantragte Genosse Meyer, in die Reichsabgabenordnung eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die Steuerlisten öffentlich zur Einsicht aufzulegen sind. Die Offenlegung der Steuerlisten soll nach Beendigung der Veranlagung an sieben nacheinanderfolgenden Tagen geschehen. Der Antrag wurde von den Kompromißparteien abgelehnt.

Aus aller Welt.

Anständige Mädchen.

Von Hans Bauer.

Im Mittelalter hat man das Evangelium der Menschenliebe durch grausame Bestialitäten durchzusetzen versucht. Die Apostel Gottes bedienten sich der Mittel jenes, den sie ausrotten zu wollen vorgaben: des Teufels. Die Betätigung des Bösen unter Anrufung des Guten, diese Seelenkorruptheit mit der Entschuldigung der Phrase ist mit den Hexenverbrennungen nicht ausgestorben. Das Prinzip hat sich erhalten.

An der Wiener Universität haben in diesen Tagen Hakenkreuzler-Demonstrationen stattgefunden. Wir wissen es lange, daß so krumm gar keine jüdischen Nasen sein können, wie die Wege ihrer antisemitischen Bekämpfer zu sein pflegen. Immerhin wandten diese die Energien ihrer verkorksten Leidenschaft bislang vornehmlich gegen die andersrassigen oder wenigstens andersgesinnten Männer. Dieses Verfahren hatte insofern seine Mängel, als man bisweilen auf streitbaren Widerstand stieß. Dieser ist in viel geringerem Maße von Frauen zu befürchten. Die Wiener Studenten haben dies scharfsinnig erkannt und in ihrem Kampf gegen alles Undeutsche nach den langen Nasen der Männer die kurzen Haare der Frauen einbezogen. Die Wiener Studenten haben sich entrüstet gegen den Bubikopf ihrer Kolleginnen gewandt und dessen Trägerinnen geprügelt und an dem Rest ihrer Haare gezerrt. Da muß man freilich sagen, daß es wahr ist, daß die blonden Gretchen der alten Deutschen wallendes Haar trugen. Da sie keine Gefahr liefen, von den Minnesängern an ihnen gezerrt zu werden, war das ein leichtes. Aus den Minnesängern sind Rüpel geworden. Dort wurde nur eine Mode, hier eine Gesinnung gewechselt. Ein anständiges Mädchen, haben die zukünftigen Oberschichten Wiens gerufen, läßt sich die Haare nicht schneiden, sondern nur die Cour, haben sie gemeint, sei es selbst von unanständigen Studenten. Vielleicht ist der Bubikopf tatsächlich nichts Schönes. Er ist in jedem Fall ein harmloses Modespiel. Die Wiener Rückschrittler haben schon dieser Belanglosigkeit den Charakter eines verhaßten Fortschritt-Symptoms beigemessen, dessen Bekämpfung auch eine Gewalttat gegen Frauen wert ist. Es ist leicht zu ermessen, welche Maßnahmen anzuwenden ihnen ihre Kultur erst erlaubt, sobald es sich um die Auslöschung flammender Signale einer neuen Zeit handelt, als es das des Bubikopfes ist.

Bernard Shaws musikalische Erziehung

„Die großen Schwierigkeiten, die sich bei der Beurteilung meines Entwicklungsganges ergeben," erklärte kürzlich Bernard Shaw einem Mitarbeiter einer literarischen Revue, „sind durch die Tatsache bedingt, daß meine Erziehung sich zu einem sehr großen Teil auf musikalischer Grundlage aufgebaut hat. Es genügt nicht, zu sagen, daß ich in den Fluten von Dickens und später in denen von Molière umfangreiche Schwimm- und Tauchübungen machen mußte, auch bei Mozart habe ich sie ausgiebig vornehmen müssen. Shelley hat großen Eindruck auf mich gemacht, ich habe seine Prosaschriften wie seine Dichtungen in meiner Jugend von A bis Z gelesen, er war für mich ein Heiliger. Daneben aber waren es Beethoven und die ersten Werke von Wagner, die auf mich starken Einfluß gewannen." Bei der Gelegenheit sah auch auf ein launiges Wort hingewiesen, das Shaw kürzlich mit Bezug auf die zwischen England und Amerika bestehenden Unstimmigkeiten prägte. „Eine gemeinsame Sprache", erklärte er, „ebnet zweifellos der Annäherung getrennter Staaten den Weg, darüber darf man aber gleichwohl nicht außer acht lassen, daß gerade die gemeinsame Sprache auch leicht zu Streitereien führen kann. Amerikaner und Chinesen mögen sich nach Herzenslust beschimpfen, ohne daß dadurch ein Konflikt entsteht, denn der eine versteht ja den anderen nicht. Wenn aber ein Amerikaner einen Engländer beleidigt oder dieser einem Amerikaner zu nahe tritt, so kann aus solcher Differenz nur zu leicht ein böser Handel entstehen."

Verurteilter Räuber.

Strausberg, 21. Juli. (WTB.)

In dem Prozeß gegen die vier Räuber, die im Februar 1921 abends den Autoomnibus bei Strausberg und eine Woche früher die Wirtschaft „Waldkater" bei Bernau überfallen hatten, wurden zwei Brüder Heinrich zu 6 und 9 Jahren Zuchthaus, der ehemalige Polizeiwachtmeister Stilck zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Allen drei Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre abgesprochen und sie wurden unter Polizeiaufsicht gestellt. Das Verfahren gegen den vierten Angeklagten, den Bruder der verurteilten Brüder Heinrich, wurde abgetrennt, und dieser wurde auf sechs Wochen zur Beobachtung seines Geisteszustandes in eine Irrenanstalt geschickt. Gegen die angeklagten drei Brüder Heinrich schwebt noch ein weiteres Verfahren wegen eines Raubüberfalls in Oranienburg, bei dem ein Verfolger erschossen wurde.

Polnisches Torpedoboot in die Luft geflogen

Danzig, 20. Juli. (WTB.)

Heute morgen, kurz nach 8 Uhr, ist das polnische Torpedoboot „Kaschub" in die Luft geflogen. Man vermutet, daß sich Oeldämpfe entzündet haben, die die Oelbunker zur Explosion brachten. Das Schiff wurde in zwei Teile zerrissen und sank. Ein Maschinist und zwei Heizer werden vermißt. Die übrige Besatzung des Schiffes wurde teils schwer, teils leicht verletzt.

Der Hosenknopf als Verräter

Verhaftung eines Mörders.

Unter diesen Ueberschriften berichtet das „B. T." aus Hamburg: Zwei schwere Mordtaten sind jetzt durch die Hamburger Kriminalpolizei aufgeklärt worden. Im ersten Fall handelt es sich um den im März 1924 an dem Werftdirektor Stahl ausgeführten Anschlag. Ein Mann, der Stahl im angeblichen Auftrag eines Schlichtungsausschusses zu sprechen wünschte, verlangte plötzlich von ihm mit vorgehaltenem Revolver eine Million Mark. Er schoß auf den eintretenden Diener und flüchtete in einem bereitgehaltenen Auto, nachdem er von dem erschrockenen Stahl eine Perlenkette im Werte von 15 000 Mk. und etwa 25 Dollar erhalten hatte. Im zweiten Fall wurde in Alt-Rahlstedt ein Wächter von zwei Hühnerdieben durch einen Schuß von hinten getötet. Den Nachforschungen des Hamburger Kriminalinspektors Plötz ist es jetzt gelungen, als Täter in beiden Fällen den 37jährigen, zurzeit wegen eines anderen Verbrechens im Rendsburger Zuchthaus sitzenden Fensterputzer und Maler Willi Habermann festzustellen. In der Alt-Rahlstedter Mordsache wurde vom Kampfplatz ziemlich entfernt ein Hosenknopf gefunden, der die Inschrift „Solide Eleganz" trug. Es wurde festgestellt, daß dieser Knopf zu der Hose des Mörders gehörte. Der Komplice Habermanns, ein zurzeit in Glückstadt sitzender Verbrecher, ist heute in der Untersuchung überführt worden. Kriminalinspektor Plötz hatte nach einem bei dem Ueberfall auf den Direktor Stahl vorgefundenen Erpresserbrief festgestellt, daß die Handschrift Habermanns mit der des Erpresserbriefes übereinstimmte. Trotzdem leugnete Habermann den Ueberfall. Vernichtend für ihn war aber die Gegenüberstellung Habermanns mit dem inzwischen genesenen Diener. Habermann wurde von ihm sofort als der Täter erkannt.

Ehetragödie. Aus Markneukirchen wird gemeldet: Der 64 Jahre alte Seidenmacher Otto Pößscher drang am Sonntag gewaltsam in die Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Ehefrau ein. Der Sohn und der Schwiegersohn eilten herbei und mit diesen kam es zum Kampf, in dessen Verlauf Pößscher im Gesicht so schwer verletzt wurde, daß er seinen Verletzungen erlegen ist.

Todessturz eines Fliegers. Der Flieger Rieseler führte gestern in Prenzlau Schauflüge aus. Als das Flugzeug sich in ungefähr 30 Meter Höhe befand, fing es plötzlich Feuer und stürzte ab. Rieseler konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Fünfzehn Todesopfer einer Hochwasserkatastrophe. Die Ueberschwemmung der Theiß und ihrer Nebenflüsse hat gestern in Ungarn im Komitat Bekes zu einer schweren Katastrophe geführt, der fünfzehn Personen zum Opfer fielen. Die Leichen konnten bisher noch nicht geborgen werden. Der durch die Ueberschwemmung angerichtete Schaden beläuft sich auf zirka sechs Milliarden Kronen.

Automobil-Unfälle. Auf der Chaussee von Köslin nach Kolberg überschlug sich ein kleiner zweisitziger Kraftwagen. Der Insasse war sofort tot. — Beim Selbecker Bergrennen fuhr ein Kraftwagen in einer Kurve zur Seite und verlor das Gleichgewicht. Der Beifahrer schlug mit dem Kopfe gegen einen Baum und war sofort tot.

Ein französisches Flugzeug abgestürzt. Wie Havas aus Barcelona berichtet, ist bei Rosas ein dem Verkehr zwischen Frankreich und Marokko dienendes französisches Flugzeug abgestürzt. Beide Insassen waren auf der Stelle tot.

Flugzeugzusammenstoß. In Chalons sur Saone sind heute vormittag zwei Militärflugzeuge der dortigen Flugschule zusammengestoßen. Drei Personen sind dabei getötet worden.

Eine Schule mit einem einzigen Schüler. In Forestburg, einem kleinen Städtchen der Vereinigten Staaten, das ganze 600 Einwohner zählt, stellte sich kürzlich bei dem Abschlußexamen der erstaunten Prüfungskommission ein einziger Schüler vor. Der Prüfling war der einzige Schüler, den die Schule von Forestburg während der letzten acht Jahre ausgebildet hatte.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: i. V.: A. Wielepp; für Provinz: Alfred Wielepp; für den Sportteil: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H. Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250721-17/fragment/page=0003

Eine

Unmenge

Reste und Abschnitte aller Art, liegen für Sie bereit im grossen Lichthof auf Extra-Tischen

Alles enorm billig zum Teil bis zu 50 Proz. ermäßigt

Jede sparsame Hausfrau weiss, was das bedeutet

Mittwoch Donnerstag Freitag

Reste

Nussbaum

Halle a. S. Das führende Kauf- u. Warenhaus Gr. Ulrichstr. 60/61.

Vereins-Kalender

der SPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau befindet sich Fernruf 1029).

Halle.

Arbeiter-Wohlfahrt. Heizer der Gutenbergschule: Mitgliedsbuch am Mittwoch, 22. Juli, abds. 6½ Uhr.

Freier Sängerchor Halle. Mittwoch, den 22. Juli, abends 8 Uhr: Uebungsstunde. Sangesbrüder, unser Konzert in Sangerhausen ist herangekommen. Wir müssen alle Mann zur Probe erscheinen.

Dr. med. Schüpfers Biochemie-Verein Halle. Mittwoch, den 22. Juli, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Stadtschützenhauses": Vortrag des Bundespräsidenten Herrn Hahn über die „Biochemie" im Lichte der modernen Wissenschaft". Erwiderung auf den Vortrag des Herrn Dr. Nagel.

Aus dem Bezirk.

Annedorf. Dienstag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, in der „Warte": Mitgliederversammlung. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Mittwoch, den 22 Juli: Große Fincnblattverbreitung. Das Material wird bereits am Dienstag bis 7 Uhr abends ausgegeben. Da bei Bureau am Mittwoch geschlossenst Beteiligung aller Parteigenossen ist Pflicht.

Merseburg. Jeden Montag abend 8 bis 10 Uhr, Geschäftsstelle, Harz 42/44, Zimmer 36: Kassierung der fälligen Kleinbeiträge.

— **Bezirk 2** (Nord). Bis zum 8. August alle Funktionäre (Gruppen-, Zug-Führer und Kassierer) jeden Freitag, abends 8 Uhr, im Parteilokal, zur Stelle. Der Bezirksführer.

— Alle Bezirke haben umgehend für Einholung und Ablieferung der herausgegebenen Quartierzettel zu sorgen. (Harz 42-44, Zimmer 36.)

— Freitag, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Volkspark: Konzert der Reichsbanner-Kapelle. Eintritt 30 Pfennig.

— **Radfahrerabteilung.** Sämtl. Radfahrer, Alters- und Jugendabteilung, Donnerstag, abend 7½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Stellungnahme zur Verfassungsfeier. Alle Mann zur Stelle.

— **Jung-Reichsbanner.** Heute abend 6½ Uhr in der Turnschule Turnen. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Gauleitung, Ortsleitung und Bezirksführer. Mittwoch, den 22. Juli, pünktlich 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Sitzung. Anschließend 8 Uhr: Vorstands- und Bezirksführer-Sitzung.

Ortsgruppe Halle. Jeden Montag abend 8 bis 10 Uhr, Geschäftsstelle, Harz 42/44, Zimmer 36: Kassierung der fälligen Kleinbeiträge.

— **Bezirk 2** (Nord). Bis zum 8. August alle Funktionäre (Gruppen-, Zug-Führer und Kassierer) jeden Freitag, abends 8 Uhr, im Parteilokal, zur Stelle. Der Bezirksführer.

— Alle Bezirke haben umgehend für Einholung und Ablieferung der herausgegebenen Quartierzettel zu sorgen. (Harz 42-44, Zimmer 36.)

— Freitag, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Volkspark: Konzert der Reichsbanner-Kapelle. Eintritt 30 Pfennig.

— **Radfahrerabteilung.** Sämtl. Radfahrer, Alters- und Jugendabteilung, Donnerstag, abend 7½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Stellungnahme zur Verfassungsfeier. Alle Mann zur Stelle.

— **Jung-Reichsbanner.** Heute abend 6½ Uhr in der Turnschule Turnen. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Arbeitsamt Eisleben.

Betriebstraße 9. Fernsprecher 131.

Es werden gesucht: 4890

Gewerbliche Abteilung: Stellmacher, Großflüchtschneider, Klempner, Dreher. **Bergbaufachabteilung:** Hauer, Lehrhauer, Förderleute, Schlepper, Trecker u. Jungens für Erzbergbau und Braunkohlenbergbau, Hüttenarbeiter. **Landwirtschaft:** lediger Geschirrführer, verh. Geschirrführer muß Wohnung in Eisleben haben. **Weibliche Abteilung:** Arbeiterin, Aufwartungen, Dienstmädchen, Gutsmamsellen, Haus- und Stallmädchen für Land, Hausmädchen für Erholungsheim, Kindermädchen von 16 Jahren für Land, Stubenmädchen für Gut.

WALHALLA

Direktion: Adolf Vogel

Eröffnung

Sonnabend

1. August

mit großem internationalen 4891

Variété-Programm

Auf. 7¾ Uhr. Mäß. Preise

Ueber

Biochemie

im Lichte der modernen Wissenschaft

spricht **Herr Bundespräsident W. Hahn** am Mittwoch, dem 22. Juli 1925, abends 8 Uhr, im großen Saale des Stadtschützenhauses.

Erwiderung auf den Vortrag des Herrn Dr. Nagel.

Eintritt für Mitglieder gegen Vorzeigung der gültigen Mitgliedskarte frei. — Studierende gegen Ausweis freien Eintritt. Gäste zahlen 50 Pfennig. — **Freie Aussprache.** 4882

Der Vorstand des Landesverbandes 16 des Biochemischen Bundes Deutschlands.

Druckaufträge

jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe

Bezahlt wurden am Montag, dem 20. Juli 1925:

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark: 1. höchster Preis	2. niedrigster Preis	häufigster Preis	Gefrier-Fleisch
Ochsen	103	60	95	53
Bullen	100	80	95	
Kühe	103	55	95	
Jungrinder	90	85	85	
Mastkälber	105	100	105	
Saugkälber	95	80	95	
Lämmer und Hammel	100	95	100	
Schafe	90	70	90	
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	106	98	104	

Volkspark

Burgstraße 27.

Das eigene Heim der Hallisch. Arbeiter

Regen-Schirme gut u. preiswert

Schirmfabrik

Bruno Claus

Inh.: 4561

Albert Wande

Gr. Steinstr. Eckeleonhäuser

Knorr Suppenwurst

4879

gibt nur mit Wasser 20 Minut. lang gekocht, 6 Teller hochfeine Suppe.

Gummi

für Reise und Sport

GUMMI-

Badehauben von 0,80 an
Badeschuhe
Einlegesohlen von 1,20 an
Reise-Irrigatoren von 4,00 an
Reise-Kissen von 3,00 an
Spülspritzen von 2,50 an
Frauentuschen v. 4,50 an
Schwämme von 0,30 an
Schwammbeutel
Badewannen 4880

in bekannt guten Qualitäten billigst bei

Ferdinand Dehne Nachf.

Große Steinstraße 15

= Aeltestes Gummiwaren-Fachgeschäft. =

Bekanntmachung.

Die **Versteigerung der Pfänder** mit den Pfandnummern von 30 901 bis 37 266 (Pfandscheine in blauem Druck) wird vom 4. August 1925, von 9 Uhr vormittags an, im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke und verschiedene andere Sachen.

Halle, den 6. Juli 1925. 4638

Das Leihamt der Stadt Halle.

Das törichte Herz

von

PAUL ZECH

Eine ungewöhnliche Gestaltungskraft spricht aus den vier Erzählungen dieses Buches. Wer ein paar Stunden ernsten Genießens erleben will, greife zu dieser neuen Schöpfung Paul Zechs.

Geschmackvoller Ganzleinenband

5.25 Mark

Zu beziehen durch:

„Volksblatt-Buchhandlung"

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.

Kurhaus Wittekind

Donnerstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr

Gesellschaftsabend mit Tanz

Kapelle Wenskat

Freitag, den 24. Juli, abends 8 Uhr

Gr. Extra-Konzert mit Feuerwerk

Eintritt 50 Pfg. Eintritt 50 Pfg. 4896

„Waldflora"

Reinstes Naturprodukt

(gesetzlich geschützt) nehmen alle Rheumatismus-, Gicht-, Ischias-, an Geschwüren sowie an allen Blutkrankheiten Leidende. Alle unsere „Waldflora"-Erzeugnisse sind keine Tees zum Kochen, sondern garantiert reinste Kräuter bezw. Blüten in Pulverform.

1 Teelöffel „Waldflora" gleicht 55 Tassen Tee

So urteilt man über „Waldflora": Werdau, den 15. Nov. 1924. „Ich habe volles Vertrauen zu „Waldflora", habe selbst eine Kur auf Darmgeschwüre hin gemacht und bin damit außerordentlich zufrieden usw." gez. K. A. W., Werdau.

Niederfrohna, den 13. Nov. 1924. „Heute erfuhr ich durch meinen Vetter die Wirkung Ihres Naturprodukts „Waldflora" und war erstaunt über die Heilkraft. Senden Sie mir nur bitte usw." gez. R. Fr., Niederfrohna.

Verlangen Sie Broschüren und Dankschreiben **kostenlos in allen Apotheken, Drogerien,** wenn nicht direkt vom alleinigen Fabrikanten 4631

Georg Rich. Pflug & Co., Gera

Generalvertreter für Leipzig und Halle **Paul Glaß, Leipzig,** Brüderstr. 19. Tel. 10507.

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Am Schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine die förmliche Feststellung neuer Baufluchtlinien für das Grundstück Steinweg 37 betreffende Bekanntmachung.

Halle, den 14. Juli 1925.

Der Magistrat.

Eisleben

Oeffentliche Mahnung.

Alle diejenigen, die mit Acker- und Gartenpacht, Schulgeld und mit elektrischem Lichtgeld im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, diese Schuldbeträge innerhalb der nächsten 8 Tage an unsere Stadthauptkasse zu zahlen, andernfalls das Einziehungsverfahren seinen Fortgang nimmt. 4881

Eisleben, den 16. Juli 1925.

Der Magistrat.

Erzeugnisse der Eigenproduktion sind der Stolz des Genossenschafters

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250721-17/fragment/page=0004

Verschwendungssucht der Gemeinden?

Die gemeindefeindliche Haltung der Rechtsparteien und der Industrie ist bei den Beratungen über den Finanzausgleich im Steuerausschuß des Reichstags so stark in die Erscheinung getreten, daß die antikommunale Haltung dieser Kreise jetzt auch vom Deutschen Städtetag ganz offiziell gebrandmarkt wird. Die bei der Beratung der Steuerentwürfe teils angenommenen, teils in Aussicht gestellten Anträge der Rechtsparteien verraten eine so reaktionäre Einstellung gegenüber jeder selbständigen Arbeit in den Gemeinden, daß der Widerstand gegen diese Tendenzen selbst in bürgerlichen Kreisen wach wird. Das allgemeine Schlagwort, mit dem die von der Schwerindustrie beherrschte Presse die öffentliche Meinung gegen die Gemeinen mobil zu machen sucht, ist

die These von der angeblichen „Verschwendungssucht".

Wenn irgendwelche Großstadt für die Sicherung ihrer künftigen Wohnungspolitik Grundstücke ankauft, erhebt sich regelmäßig in der ganzen Börsen- und Industriepresse ein ungeheures Geschrei. Jeder Spielplatz, den eine Gemeinde im Interesse der heranwachsenden Jugend anlegt, wird als „Luxus" gebrandmarkt. Dieselben Kreise, die jahrelang die Inflation als das einzig wahre Heil hinstellten, die Hugo Stinnes als die Krone der Schöpfung anpriesen, versuchen jetzt alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den Gemeinden eine selbständige Entwicklung unmöglich zu machen.

Das Verfahren, das dabei angewandt wird, ist äußerst einfach. Man wiederholt die Behauptung von der Verschwendungssucht der Gemeinden ununterbrochen, sorgt dafür, daß vollkommen aus dem Zusammenhang herausgerissene Einzelheiten in verzerrter Form durch die Spalten der Presse geschleift werden, und hat es auf diese Weise bei der starken Einflußmöglichkeit der Industrie leicht, die nicht bewiesene These als unumstößliche Weisheit hinzustellen. Das Verhalten der Regierungsparteien im Reichstag zeigt, wie sehr Deutschnationale und Deutsche Volkspartei sich nur als Bediente „der Wirtschaft" fühlen und wie sie bereit sind, alles zu apportieren, was von ihnen verlangt wird. Jahrelang haben sie gegen die Erzbergersche Steuerreform geschrien, jahrelang haben sie die Weimarer Verfassung eines doktrinären Zentralismus bezichtigt, jetzt übertrumpfen sie Erzberger und Weimar. Jetzt überzentralisieren sie das deutsche Steuersystem, jetzt greifen sie rücksichtslos in die Befugnisse der Länder ein und versuchen,

von Reichs wegen eine laufende Verwaltungskontrolle über die Gemeinwirtschaft zu etablieren.

Es ist zweifellos richtig, daß in Deutschland von der Wirtschaft hohe steuerliche Leistungen für Verwaltungszwecke erhoben werden. Die Milderung des Steuerdrucks von der Ausgabenseite her könnte aber nur dann erfolgen, wenn

eine grundlegende Verwaltungsreform

im Reich und in den Ländern an Haupt und Gliedern erfolgte. Der Deutsche Städtetag hat durch seinen Vorschlag einer Reichs-Städteordnung und der darin vorgesehenen zwangsweisen

Einführung des Einkörpersystems

zum erstenmal auf einen Punkt hingewiesen, durch den ungezählte Millionen erspart werden können. Man kann gespannt sein, wie die Rechtsparteien im Reichstage sich diesem Vorschlag, der eine organische und nicht willkürliche Ersparnis bedeuten würde, gegenüber verhalten werden. Wenn der ernsthafte Wille vorhanden wäre, da zu sparen, wo gespart werden kann, dann müßten sich die Rechtsparteien dazu aufschwingen, die in Weimar steckengebliebene

Entwicklung zum Einheitsstaat

als ihre Forderung zu erheben. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Beseitigung der lächerlichen und kostspieligen Kleinstaaterei eine ungeheure Entlastung des Steuerzahlers mit sich bringen würde. Dazu fehlt es aber den Rechtsparteien vollständig an Mut. Sie bringen es nur fertig, in stümperhafter Weise eine willkürliche Beschneidung der sozialen Aufgaben der Gemeinden vorzunehmen, wodurch gar nichts erspart, sondern nur die Verelendung der Massen gefördert wird. Sparsamkeit ist in Deutschland nicht dadurch zu erzielen, daß an den kulturellen Leistungen der Gemeinden herumgedoktert wird, sondern allein dadurch, daß der Behördenaufbau übersichtlich und einfach gestaltet, die Vielheit der parlamentarisch regierenden Länder beseitigt und eine Organisation der deutschen Verwaltung nach sachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt wird.

Würden die Kreise „der Wirtschaft" ihre Kritik an der Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Körperschaften nicht mit dilettantischen Redensarten bestreiten, die jeder Kenner bei all den vielen Einzelfällen mit Leichtigkeit widerlegen kann, sondern würden sie den Versuch einer wirklich positiven und schöpferischen Kritik machen, dann könnte aus dem an sich berechtigten Streben nach Milderung des Steuerdrucks eine durchaus erfreuliche Entwicklung sich ergeben. Solche Tendenzen sind aber bei den maßgebenden Kreisen nicht zu spüren. Die Rechtsparteien haben, seitdem sie am Ruder sind, auch nicht einen einzig positiv zu verwertenden Vorschlag einer solchen umfassenden Reform gemacht, trotzdem sie wissen könnten, daß sie dabei Unterstützung auch in anderen Parteien finden würden. Schon aus diesem Grunde kann man ohne Uebertreibung behaupten, daß diesem ganzen demagogischen Gezeter gegen angebliche Verschwendungssucht der Kommunen in erster Linie

Abneigung gegen die sozialen und kulturellen Leistungen

zugrunde liegt und daß diese Abneigung bei „der Wirtschaft" gesteigert wird durch die Furcht vor dem starken und in Zukunft sicher noch stärker werdenden Einfluß der organisierten Arbeiterschaft in der Verwaltung.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 21. Juli 1925.

Ein Sonntag im Thüringer Wald.

Mit dem Verwaltungssonderzug nach Oberhof.

Verwaltungssonderzug? Was ist das für ein Ding? Auf diese Frage sei Unwissenden geantwortet, daß die Eisenbahnverwaltung von Zeit zu Zeit Sonderzüge nach bestimmten Orten fahren läßt, die Naturschönheiten aufweisen und mit den gewöhnlichen Zügen schwer zu erreichen sind. Abgesehen davon, daß der Fahrpreis um ein Drittel ermäßigt ist, haben diese Sonderzüge den Vorteil, daß sie den Ausflügler in ununterbrochener und direkter Fahrt (ohne Umsteigen) nach dem Endziel hinbringen. Ein solcher Verwaltungssonderzug fuhr am Sonntag nach Oberhof, dem bekannten Sommerkurort und Wintersportplatz in Thüringen. Vierzehn Wagen standen zur Verfügung, deren Plätze ziemlich restlos von Passagieren in Anspruch genommen wurden; es mögen annähernd 1000 Teilnehmer gewesen sein, die die Gelegenheit benutzten, an einem Tage ein Stück des herrlichen Thüringer Waldes kennenzulernen. Die Mehrzahl der Teilnehmer stammte aus Halle, aber auch aus Merseburg und den Orten des Geiseltals fand sich noch eine ansehnliche Schar ein, die in Merseburg den Zug bestieg.

In vier Stunden war Oberhof erreicht. Hier trennten sich die Ausflügler in Gruppen, die jede eine Wanderung nach verschiedenen Punkten anstrebten. Wer nicht gut zu Fuß war, blieb in Oberhof und machte Spaziergänge in die nähere Umgebung. Etwas Unternehmungslustigere wagten den Weg bis zur Schmücke und dem Schneekopf und wählten den Rückweg nach Gehlberg. Die Kühnsten aber entschlossen sich zu einer Tagestour, die in Ilmenau endete. Das Wetter war im allgemeinen günstig. Wohl drohten dunkle Wolken mehrmals und fernes Donnergrollen ließ befürchten, daß man nicht trocken nach Hause kommen würde, aber schließlich setzte nur einige Male ein nicht allzu starker Regen ein, der die Stimmung nicht sehr beeinflussen konnte und sogar eine Erfrischung bedeutete.

Der Thüringer Ausflug wird allen Teilnehmern, besonders denjenigen, die die Schönheiten des Thüringer Waldes noch nie gesehen hatten, unvergeßlich bleiben. Eine Schilderung dieser Naturschönheiten ist hier nicht beabsichtigt. Wir wollen vielmehr zum Besten der zukünftigen Teilnehmer an solchen Fahrten auf einiges hinweisen, was von den Teilnehmern an der Fahrt nach dem Thüringer Wald unangenehm empfunden wurde. Einer jeden Gruppe hatte die Eisenbahnverwaltung anerkennenswerterweise einen ortskundigen Führer mitgegeben. Diese Führung darf aber von dem Führer nicht so aufgefaßt werden, daß er im Eilzugstempo vorausmarschiert und sich sogar noch durch einige Schnellhasen verleiten läßt, das Tempo zu steigern. Einzelne, die nicht so leichtfüßig waren, verloren schließlich den Anschluß. Und dann sollte es doch Aufgabe des Führers sein, die einzelnen Punkte, Berge, Täler usw. zu benennen und auf sonstige Sehenswürdigkeiten aufmerksam zu machen. Das erfordert ein öfteres Stehenbleiben und Sammeln der Teilnehmer, was z. B. auf der Tour nach Ilmenau nur selten geschah. Durch dies Rennen ist der Genuß dieses Ausfluges stark beeinträchtigt worden. Wir empfehlen daher zukünftigen Teilnehmern an solcher Fahrt, sich möglichst selbständig zu machen und in kleineren Gruppen unter Zuhilfenahme einer guten Karte und eines gedruckten Reiseführers allein zu wandern. Ein Verirren ist nicht leicht möglich, da vom Thüringer Waldverein zahlreiche Wegweiser angebracht worden sind.

Ein anderer Gegenstand der Kritik liegt in der Unvernunft einiger Ausflugsteilnehmer. Die Eisenbahnverwaltung sorgt dafür, daß jeder Teilnehmer einen Sitzplatz erhält; mehr Karten als Sitzplätze werden nicht ausgegeben. Es ist ferner angeordnet, daß bei der Rückfahrt jeder Teilnehmer den Platz einnimmt, den er morgens eingenommen hatte. Damit sollte jedem gedient sein, denn es ist dann ausgeschlossen, daß ein Kampf um die Plätze in einem Wagen entbrennt, während in anderen Wagen Plätze frei bleiben. Dieser weisen Anordnung zum Trotze hatten am Sonntag einige Teilnehmer sich am Abend auf andere Plätze gesetzt, und als die Platzberechtigten erschienen, gab es erst eine Auseinandersetzung, die vom Zugpersonal geschlichtet werden mußte. Ein solcher Mißklang braucht nicht zu entstehen, wenn jeder einzelne sich den im Interesse der Gesamtheit geschaffenen Anordnungen fügt.

Von diesen kleinen Mißständen abgesehen, war der Ausflug ein schönes Erleben. Es ist zu wünschen, daß solche Gelegenheiten recht oft gegeben werden. Leider werden trotz der Verbilligung des Fahrpreises viele dazu nicht in der Lage sein, daran teilzunehmen, aber es kann doch so mancher Minderbemittelte, dem die schönen Gegenden Mitteldeutschlands bisher unbekannt geblieben sind, auf diese Weise einmal einen kleinen Blick in die Welt werfen. Das Privilegium der Besitzenden, die Schönheiten der Natur allein zu genießen, wird dann immer mehr schwinden, besonders dann, wenn die Eisenbahnverwaltung eine weitere Verbilligung der Fahrten eintreten ließe.

Neue Vorschriften über die Gewerbesteuer.

Ein bedeutsamer Erlaß des preußischen Finanzministers.

Auf Grund eines zugleich im Namen des Ministers des Innern und des Ministers für Handel und Gewerbe ergangenen Runderlasses des preußischen Finanzministers wird dem Amtlichen Preußischen Pressedienst von unterrichteter Seite geschrieben:

Nach der ersten Gewerbesteuer-Ergänzungsverordnung vom 16. Februar 1924 beträgt der für die Vorauszahlungen auf die Gewerbeertragssteuer maßgebende Steuergrundbetrag 10 Prozent des Betrages, der nach der zweiten Reichssteuernotverordnung und den zu ihrer Abänderung, Ergänzung und Durchführung ergangenen und ergehenden Bestimmungen für das Einkommen aus gewerbesteuerpflichtigen Betrieben auf die Vorauszahlungen auf die Reichseinkommen- oder Reichskörperschaftssteuer zu zahlen ist. Die zweite Reichssteuernotverordnung ist durch die zweite Steuermilderungsverordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1924 abgeändert worden. Diese Bestimmungen haben infolgedessen, wie auch ausdrücklich gesetzlich bestimmt ist, eine Senkung der Gewerbesteuergrundbeträge zur Folge gehabt. Eine weitere Abänderung der zweiten Reichssteuernotverordnung bringt das Steuerüberleitungsgesetz des Reichs vom 29. Mai 1925 in seinem dritten Abschnitt. Durch diese Bestimmungen werden die Reichssteuervorauszahlungen weiter gemildert und dem Einkommen angeglichen. Infolgedessen ändern sich auch dementsprechend die Vorauszahlungen auf die Gewerbeertragssteuer, wenn auch die Regel, daß der Gewerbesteuergrundbetrag 10 Prozent der Reichssteuervorauszahlung beträgt, aufrecht erhalten bleibt.

Im einzelnen ist besonders hervorzuheben:

Soweit die Ertragssteuervorauszahlungen nach Steuerkursen berechnet werden, gelten die für den 31. Dezember 1924 noch festzusetzenden Steuerkurse. Da diese Steuerkurse zurzeit noch nicht festgesetzt sind, kommt eine Aenderung des bisherigen Vorauszahlungsbetrages für die im Juli und August fälligen Vorauszahlungen auf die Gewerbeertragssteuer noch nicht in Betracht. Die neuen Steuerkurse haben vielmehr nur Wirkung für die Vorauszahlungen, die nach ihrer Veröffentlichung fällig werden. Das Steuerprivileg der Muttergesellschaften bezüglich ihrer Beteiligung an der Tochtergesellschaft (Schachtelprivileg) wirkt nach dem Vorhergesagten auch ohne weiteres auf die Gewerbesteuer. Besonders hervorzuheben ist, daß die von den Reichsfinanzbehörden auf Grund des § 15 des Steuerüberleitungsgesetzes ausgesprochene zinslose Stundung auch zur Folge hat, daß die weiteren Vorauszahlungen auf die Gewerbeertragssteuer sich entsprechend ermäßigen oder ganz fortfallen.

Bei dieser zinslosen Stundung handelt es sich nicht um eine Stundung, die sonst nach dem Gewerbesteuerrecht allein den Gemeinden zusteht, sondern um eine Anpassung der Vorauszahlungen an das voraussichtlich von dem Unternehmen in dem laufenden Jahre erzielten Einkommen. Ebenso wie die Ermäßigung der Reichssteuervorauszahlungen hat auch eine Erhöhung dieser Vorauszahlungen die entsprechende Erhöhung des Steuergrundbetrages nach dem Gewerbeertrag zur Folge. In allen Fällen, in denen eine besondere Festsetzung der Reichssteuervorauszahlungen erfolgt, richten sich zunächst auch hiernach die Gewerbesteuervorauszahlungen.

Der zweite Abschnitt des Steuerüberleitungsgesetzes wegen Abänderung der Einkommen- und Körperschaftssteuer für das Kalenderjahr 1924 und für das Wirtschaftsjahr 1923/24 finden auf die Gewerbesteuer keine Anwendung. Die endgültige Regelung der Gewerbesteuer für 1924 wird auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen müssen. Dagegen würden die nachträglichen Festsetzungen und sonstigen Entscheidungen, die im Rechtsmittelwege ergehen, und die nur die Berichtigung der Vorauszahlungen auf die Reichssteuer bezwecken, auch ohne weiteres auf die Gewerbesteuervorauszahlungen zu beziehen sein, da die Reichsbestimmungen nur die ordnungsmäßige Feststellung der Steuerbeträge nach den bisherigen Vorschriften bezwecken.

In der Saale ertrunken.

Bedauerlicher Mangel an Rettungsvorrichtungen.

Das Baden in der offenen Saale hat gestern abend wieder ein Menschenleben gefordert. In der Saale an der Peißnitz — gegenüber der Landungsstelle des Dampfers „Monika" — nahmen gestern abend mehrere Personen ein erfrischendes Bad. Darunter befand sich auch der 19jährige Arbeiter Otto Köhler aus der Ludwig-Wucherer-Straße 71. Dieser vergnügte sich u. a. damit, einen kleinen Holzkahn vom Ufer aus ins Wasser zu werfen und ihn dann nachzuschwimmen, um ihn wieder herauszuholen. Dabei geriet er in ein sogenanntes Drehloch, und da er ein nicht sehr geübter Schwimmer war, versank er in den Fluten. Der Schlosser Karl Heidrich sprang sofort nach, vermochte aber den Versunkenen an der dort sehr tiefen Stelle nicht mehr zu fassen. Auch die Versuche, mittels einer von der „Monika" herbeigeschafften langen Stange den Körper des Ertrunkenen aufzuspüren, blieben erfolglos. Die Leiche des Ertrunkenen ist bisher noch nicht zum Vorschein gekommen.

Ein Mißstand, der die schärfste Mißbilligung herausfordert, ist das Fehlen von Rettungsvorrichtungen an dieser Stelle. Im vorigen Jahre hing an der Peißnitzbrücke wenigstens noch ein Rettungsring, der aber jetzt verschwunden ist. Es muß dringend gefordert werden, daß die nötigen Rettungseinrichtungen an der Saale stets vollständig zur Stelle sind. Wenn solche nicht gefehlt hätten wäre vielleicht das Leben des jungen Mannes zu retten gewesen.

Lebhafte Klage anläßlich dieses traurigen Vorfalles werden auch über das passive Verhalten der Polizei geführt. Der Unglücksfall geschah um 7½ Uhr und wurde bald dem nächsten Polizeirevier gemeldet. Dieses beschränkte sich aber darauf, einen Beamten mit dem Rade nach der Unglücksstelle zu schicken, der Zeugen vernahm und dann wieder davonfuhr. Es war doch Pflicht der Polizei, sofort dafür zu sorgen, daß eine Rettungskolonne — evtl. die Feuerwehr — zur Unfallstelle fuhr, um den Versuch zu machen, den Ertrunkenen zu bergen und Wiederbelebungsversuche anzustellen. Nichts, so wird uns gemeldet, sei geschehen. Wir finden das Verhalten der Polizei unerhört. Ist denn ein Menschenleben nicht wert, um die größten Anstrengungen zu machen, es zu retten? Das öffentliche Interesse verlangt es, daß diese Zustände eine Aenderung erfahren!

* **Kunstgewerbeverein.** Zu dem Wettbewerb für eine neue Mitgliedskarte sind 22 Entwürfe eingegangen. Es erhielten den ersten und dritten Preis mit den Kennworten „Nerreis" und „Ner": E. Neue, Halle a. S., Talstr. 11 und den zweiten Preis mit dem Kennwort „Mode": Architekt E. Koch, Halle a. S., Marktplatz 11. Die Entwürfe sind vom 20. Juli bis 3. August 1925 während der Verkaufszeit im Verkaufsraum der Kunstgewerbeschule der Unterburg Giebichenstein und im „Roten Turm" ausgestellt.

* **Das Wunder in der Luft.** Am Sonntagnachmittag erregte ein Flugzeug Aufsehen, das unsere Stadt überflog. Wie wir jetzt erfahren, war dies ein Aero-Lloyd-Großflugboot vom Typ Dornier-Wal. Diese hochseefähige Maschine, zurzeit die größte und vollkommenste Schöpfung deutscher Konstrukteure, ist eine Kombination von Motorboot und Flugzeug. Ausgerüstet mit zwei hintereinander angeordneten Rolls-Royce-Motoren von je 360 PS., also insgesamt 720 PS., befördert dieses Flugzeug 12 bis 14 Personen. Interessant ist es zu wissen, daß Amundsen mit einem gleichen Dornier-Wal-Flugboot seine Nordpol-Expedition ausgeführt hat.

* **Ein neuer Raubüberfall.** Montag abend gegen 11.20 Uhr wurde ein 18jähriger junger Mann in der Friedrichstraße von zwei unbekannten Männern hinterrücks überfallen und seiner Geldbörse mit 10 Mark Inhalt beraubt. Einer der Täter hielt ihm den Mund zu und versetzte ihm mit einem scharfen Gegenstand einen Schlag ins Gesicht, so daß der Ueberfallene eine größere Schnittwunde an der rechten Backe davontrug. Die Täter sind in Richtung Mühlweg unerkannt entflohen. Beide waren etwa 1,60 bis 1,70 Meter groß, der eine trug einen dunkelbraunen Anzug, der andere ein blaues Jackett mit weißer Hose.

* **Auto und Straßenbahnwagen zusammengestoßen.** Montag abend 7.30 Uhr stieß an der Ecke Talamtstraße und Hallmarkt ein Personenkraftwagen mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Der Personenkraftwagen wurde leicht beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

* **Bewußtlos aufgefunden.** Montag abend gegen 10.20 Uhr wurde eine männliche Person in der Straße Pfännerhöhe bewußtlos aufgefunden. Da er sich nicht wieder erholte, wurde er mittels Krankenwagen der Klinik zugeführt.

* **Vier Radler-Zusammenstöße** meldet der heutige Polizeibericht wieder. In allen Fällen, die sich am Montag zutrugen, kamen die Beteiligten noch glimpflich davon.

* **Ein Wüterich.** Gestern nachmittag drang ein Mann in die Wohnung einer Witwe in der Gabelsbergerstraße ein. Er beschimpfte sie dort, zerrte sie an den Haaren auf die Straße und schlug hier mit einem eisernen Notenpult auf sie und ihre Tochter ein. Durch Polizeibeamte wurde der schwer angetrunkene Mann in Schutzhaft genommen und die Menschenansammlung, welche sich gebildet hatte, zerstreut.

* **„Volkspark".** Heute abend 3/48 Uhr findet das 11. Konzert unter Mitwirkung des Arbeiter-Sängerchors statt. Zeitiges Kommen sichert guten Platz.

* **Bad Wittekind.** Morgen, Mittwoch, ½7 bis 3/48 Uhr: Sinfonische Morgenmusik, 4 bis ½7 Uhr: Nachmittagskonzert, 8 bis ½11 Uhr: Abendkonzert.

Film und kleine Bühne.

U.-T.-Lichtspiele, Leipziger Straße. Zu Beginn herrliche Naturaufnahmen von den gewaltigen südamerikanischen Wasserfällen, bei der Julihitze, wo die Theater verwaist liegen, tatsächlich etwas erfrischendes. Dann die „Fox"-Groteske „Geschäft ist Geschäft". Sie ist reich an natürlicher Komik. Man kann herzlich darüber lachen. Der Geschäftssinn des Helden ist großartig, aber strafbar. Den Coup des Programms bringt der „Fox"-Siebenakter „Die Todesfahrt des U 777", ein Film, der an Sensationen kaum übertroffen werden kann. Er stellt Nervenproben an das Publikum. Im Mittelpunkt der Kampf um eine Erfindung, um Macht und um den Mammon. Vor keinem Mittel wird dabei zurückgeschreckt. Hz

Zscherben. Jungdoraufbolde. Am Sonntag beging der Arbeiterradfahrerverein in der Gastwirtschaft „Zum treuen Herz" ein Vergnügen. Gegen ¼12 Uhr nachts führten sich vier anwesende Jungdoleute, zwei etwa 28- bis 29jährige und zwei etwa 22jährige, höchst unanständig auf. Es gab am Bufett Sticheleien, so daß die Jungdos schließlich aus dem Lokal gewiesen wurden. Da sie frech wurden und nicht gehen wollten, wurden sie auf die Straße gesetzt. Hier gab einer von ihnen dem Bergarbeiter Willy Kluge aus Zscherben mit einem Schlagring einen Schlag gegen das Kinn, so daß es blutete. Dadurch noch mehr gereizt, verabreichten die Arbeiter den Jungdos eine gehörige Tracht Prügel. Es hat sich auch hierbei wieder gezeigt, daß von den „Vaterländischen" zuerst provoziert wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250721-17/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Kommunale Beratungsstelle.

An die Genossen in den Gemeindeparlamenten.

Die Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Halle hat eine

Kommunale Beratungsstelle

eingerichtet. Zweck der Beratungsstelle ist Sammlung und Verteilung von allem einschlägigen Material, das zur Belehrung unserer Gemeindevertreter dienen kann, sowie Verwendung von Anregungen aller Art, die zur Erzielung einer zweckmäßigen und einheitlichen Arbeit in den Gemeindevertretungen beitragen können. Die Beratungsstelle soll besonders den Genossen in den kleinen Landgemeinden ein Freund und Berater sein.

Wir ersuchen nunmehr alle Genossen, die in einem städtischen oder dörflichen Gemeindeparlament tätig sind, mit Anfragen und Anregungen sich vertrauensvoll an unsere Beratungsstelle zu wenden. Genosse Landtagsabgeordneter Reinhold Drescher hat die Beratungsstelle übernommen. Alle Zuschriften in kommunalen Angelegenheiten sind zu richten an die Adresse: „Kommunale Beratungsstelle der SPD.", Halle a. S., Harz 42/44.

Wir werden voraussichtlich zum Herbst eine Zusammenstellung von Hinweisen bringen, die als Richtlinien für die praktische Arbeit in den Gemeindeparlamenten dienen können.

Die Bezirksleitung der Sozialdemokratischen Partei, Bezirk Halle.

Sangerhausen. Gegen Steuerraub und Wucherzölle. Die am 17. Juli im „Herrnkrug" stattgefundene Protestversammlung war gut besucht. Genosse Peters (Halle) sprach über „Steuerraub und Wucherzölle". In einem zweistündigen Vortrag rechnete er mit den arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Regierung und Regierungsparteien ab. Zur Diskussion waren die Vertreter der Rechtsparteien ausdrücklich geladen. Diese sonst so geschwätzigen Herren waren jedoch zu feige zu ihren Worten von einst zu stehen. Sie glänzten durch Abwesenheit! Das kommunistische Bäckerhalbdutzend (ein ganzes kommt nicht mehr zusammen) hatte diesmal einen ganz Dummen vorgeschickt, der sich dann auch alle Mühe gab, sich so gut wie möglich zu blamieren. Die KPD. scheint auf den Standpunkt zu stehen, daß sie unseren ernsten Veranstaltungen durch Entsendung eines „dummen August" eine heitere Note geben müsse. Als „dummer August" wurde der Kapedist auch von der Versammlung behandelt. — Die Stimmung der Versammlung fand ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschließung, die an den Reichstag weitergeleitet wurde. Die Entschließung beschäftigt sich mit der Zollfrage. Nach sachlicher Prüfung der obwaltenden Umstände wird im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens und des deutschen Volkes eine Ablehnung des neuen Zolltarifes verlangt.

Düben. Von der Aussperrung im Baugewerbe sind auch in Düben eine größere Anzahl Arbeitnehmer betroffen worden, indem diese durch die Firmen Sonntag und Rasenberg an die Luft gesetzt wurden. Nur wenn die Arbeiterschaft sich einheitlich in den Gewerkschaften organisiert, wird sie imstande sein, die Uebergriffe der Unternehmer abzuwehren.

Radis. Immer nobel. Zu dem Bericht in Nummer 154 unserer Zeitung vom 6. Juli ist noch ergänzend hinzuzufügen, daß Herr Baron von Bodenhausen nach einigen Tagen dem Gemeindevorsteher Zahn 16 Goldmark für die Armenkasse überwies mit dem Bemerken, der Betrag sei für 80 Pfund Heidelbeeren à 20 Pfennig, die er den Beerensuchern abgenommen hat. Bekanntlich ist das Vorgehen des Herrn zur Anzeige gebracht worden und müssen ihm doch Bedenken gekommen sein. Erst nimmt man den armen Teufeln die Beeren ab und dann gibt man das Geld wieder in die Armenkasse. Ob die Beeren wirklich gewogen worden sind? Wer gibt Heidelbeeren zum Spottpreis von 20 Pfennig pro Pfund ab? Ob sie der Herr Baron für diesen Preis suchen würde? Es wäre ihm einmal sehr zu empfehlen. Nach seiner Meinung ist wohl „Nehmen" seliger als „Geben".

Ramsin-Zscherndorf-Renneritz. Vom Arbeitergesangverein. Erfreulicherweise können wir melden, daß der Arbeitergesangverein durch sein Auftreten in letzter Zeit wieder einen erheblichen Zuwachs erhalten hat. Er zählt jetzt schon weit über 100 aktive Sänger. So kann er sich zu Beginn des Herbstes an die großen Aufgaben heranwagen, die er sich gestellt hat. Wie wir erfahren, soll für den Winter Schumanns „Der Rose Pilgerfahrt" in Angriff genommen werden. Neben dem Liedgesang läuft noch ein Lehrkursus im Tonwortsingen nach der Methode Professor Eitz'. Nun gilt es, auch die letzten stimmlich und musikalisch begabten Sänger unserer Orte zu gewinnen.

Bockwitz. Jubelfeier der Volkshausgenossenschaft. Aus Anlaß des fünfjährigen Bestehens der Volkshausgenossenschaft veranstaltet diese am 9. August ein Stiftungsfest, verbunden mit einem großen Arbeiterkinderfest. Listen zum Eintragen der am Fest teilnehmenden Kinder liegen in allen Konsumfilialen und am Büfett aus.

Grünewalde. Auch ein Parlament. Wie aus der Lokalpresse ersichtlich, tagte kürzlich die sogenannte Altgemeinde-Versammlung. Diese privatrechtliche Interessentengemeinschaft gibt sich gern den Anschein einer öffentlich rechtlichen Stelle und hat auch, wie uns mitgeteilt wird, nicht versäumt, dies in letzter Zusammenkunft zu tun. Gewiß hat jedes Gemeindemitglied das Recht, die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung zu kritisieren, und eine sachliche Kritik ist nicht zum Schaden. Wenn sich jedoch Angehörige eines Zirkels in kraftvoll erscheinenden Ausdrücken gegenseitig ihre Stärke vortragen und nachher doch vor der Wirklichkeit sehen müssen, daß sie nur einige unter Vielen sind, so wirkt dieses Gebaren nur lächerlich. Wer Wünsche an die Gemeindeverwaltung zu richten hat, muß dies in Form von Eingaben und Anträgen tun. Die Gemeindevertretung wird als dann befinden. Zur Ehre der „Altgemeinde" wollen wir annehmen, daß sie dies weiß.

Grünewalde. Ein Flugblatt, welches dem Volke die Augen über den in der neuen Zollvorlage der Regierung enthaltenen Raubzug auf die Taschen der Verbraucher öffnen soll, wird in den nächsten Tagen verbreitet. Die Genossen werden ersucht, sich für die Verbreitung des Flugblattes zur Verfügung zu halten.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 21. Juli 1925.

* Der Kirchensteuerzettel geht in Merseburg um. Es ist die allgemeine Klage, daß die Kirchensteuer 4—5mal soviel als früher beträgt, obwohl das Einkommen und die Kaufkraft des Geldes gerade bei den Besitzlosen nicht im entferntesten mit ihren Friedenseinnahmen zu vergleichen sind. Die Kirche hat eben auch hier wieder bewiesen, daß Nehmen seliger ist als Geben. Mit dem Schimpfen über die hohen Kirchensteuern, obwohl man nicht in die Kirche gehe, ist es aber nicht getan. Wer mit der Kirche gebrochen hat, muß eben den Bruch auch bis zur letzten Konsequenz durchführen und aus der Kirche austreten, wenn er nicht weiterhin für ein Institut Kosten aufbringen will, für die er bei den heutigen Verhältnissen — auch wenn es ratenweise gestattet ist (wie modern!) — nicht die nötigen Mittel zur Verfügung hat, weil es kaum zum täglichen Brote reicht. Und auch dieses soll schon wieder von den Freunden der Diener der Kirche, den Landbündlern, ganz enorm auf Kosten der Arbeitenden in die Höhe geschraubt werden.

* Als Mitglieder und Ersatzmänner der Handwerkskammer und des bei ihr gebildeten Gesellenausschusses sind nach dem Ergebnis der letzten Ersatzwahl für die ausgelosten Mitglieder durch die Innungen für die Zeit vom 1. April 1925 bis 31. März 1931 gewählt: Im Wahlbezirk Merseburg als Mitglieder Bäckermeister R. Müller (Schkeuditz), Schuhmachermeister E. Reiter (Lützen), Glasermeister O. Reußner (Schafstädt). Im Wahlbezirk Querfurt als Mitglieder Schneidermeister H. Rühlmann (Querfurt), Schlossermeister R. Hartung (Freyburg a. U.), als Ersatzmann Bäckermeister V. Kober (Roßleben). Im Wahlbezirk Naumburg als Mitglieder Bäckermeister R. Mehner (Naumburg). — Als Mitglieder und Ersatzmänner des Gesellenausschusses: Im Wahlbezirk Merseburg als Mitglied Tischlergeselle P. Voigt (Lützen), als Ersatzmann Schneidergeselle H. Winkler (Schafstädt). Im Wahlbezirk Naumburg als Mitglied Schneider Bohnhardt (Heldrungen).

Mücheln. Betriebsunfall. In einem Kalksteinbruch bei Schleberode explodierte eine Sprengpatrone zu früh und verletzte einen in Freyburg wohnenden Arbeiter schwer und mehrere andere leicht. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf im Baugewerbe.

Die Situation im Baugewerbe ist noch unverändert. Am Sonnabend haben in Magdeburg unter Vorsitz des stellvertretenden Schlichters Verhandlungen stattgefunden, jedoch ist eine Annäherung der Parteien noch nicht erzielt worden. Ein Prüfstein für die Stellung des Schlichters wird die beantragte Verbindlichkeitserklärung des Halberstädter Schiedsspruchs sein. Wird die Verbindlichkeitserklärung vom Schlichter ausgesprochen, dann liegt darin eine Anerkennung des Schlichters, daß eine Lohnerhöhung notwendig und auch tragbar ist. Die Bauarbeiter behaupten nach wie vor beides.

Den entgegengesetzten Standpunkt nehmen bekanntlich die Arbeitgeberverbände ein. In einem Inserat in der bürgerlichen Presse stellen sie ihre Behauptung, daß die Oeffentlichkeit „gebieterisch Einhalt in der fortgesetzten Erhöhung der Bauarbeiterlöhne verlangt", erneut auf. Wir würden auf diese Phrase gar nicht mehr eingehen, wenn nicht mit diesem Argument auch gegen ein Bauunternehmen gekämpft würde, das sich der Aussperrung nicht angeschlossen hat. Es ist dies die Mitteldeutsche Bauzentrale G. m. b. H., der gegenüber die Bauauftraggeberschaft gewarnt wird, ihr Bauaufträge zu geben. Und diesen Boykott, der hier von den Bauauftraggebern verlangt wird, nennen die Bauarbeitgeberverbände noch „sich im jetzigen Lohnkampf neutral verhalten". Eine eigenartige Auffassung von der Neutralität.

Mit ähnlichen terroristischen Mitteln gehen die Bauarbeitgeberverbände auch gegen Firmen vor, die nicht ausgesperrt haben. In einem Rundschreiben, das der Bezirksarbeitgeberverband für das Baugewerbe an seine Mitglieder verschickt hat, heißt es u. a.: „Es darf an der Bearbeitung der Außenseiter kein Mittel gescheut werden. Sollten Sie mit den Außenseitern nicht einig werden, bitten wir um Benachrichtigung, damit wir das weitere veranlassen können." Bei der Firma Wilhelm Hinsche ist „das weitere veranlaßt worden. Diese Firma, die sich bisher an der Aussperrung nicht beteiligt hatte, ist jetzt durch einen ihrer Auftraggeber, die Mitteldeutsche Heimstättengesellschaft" gezwungen worden, die Bauten still zu legen. Mit dieser Gesellschaft wird noch an anderer Stelle ein Wort darüber geredet werden, denn es ist dies eine angeblich gemeinnützige Gesellschaft, die zum Zweck der Wohnungsherstellung gegründet wurde und mit Unterstützung öffentlicher Gelder arbeitet. Trotzdem die Firma Hinsche also einem gewissen Drucke gewichen ist, hat eine Versammlung der Baugewerkschaft Halle gestern beschlossen, auch den übrigen bei dieser Firma beschäftigten Bauarbeitern das Weiterarbeiten zu untersagen.

In dieser Versammlung wurde auch die Taktik der sogenannten Zentralstreikleitung, an der bekanntlich die Baugewerkschaft nicht beteiligt ist, besprochen, die den nicht an der Aussperrung beteiligten Firmen die Forderung auf Zahlung von 1,20 Mark Stundenlohn unterbreiten will. Wie Theodor Brauns, der Geschäftsführer der Baugewerkschaft ausführte, liefe diese Forderung nur auf eine Verbreiterung der Front der Arbeitgeber hinaus. Die Versammlung lehnte es infolgedessen einstimmig ab, sich dieser Forderung an die „Außenseiter" anzuschließen.

Auch die Einheitsparolen, die dem „Klassenkampf" so gut zu seinem ehrlichen Gesicht stehen, erfuhren in der Versammlung eine Besprechung. In seiner gestrigen Nummer berichtete der „Klassenkampf" über Verhandlungen, die angeblich zwischen Vertretern der Ausgerissenen und dem Hauptvorstand des Baugewerksbundes stattgefunden hätten. Nach Bekanntgabe der Richtlinien für die Verschmelzung der beiden Verbände berichtet der „Klassenkampf" weiter:

„Paeplow und Töpfer (die beiden Bundesvorsitzenden. Red. „Volksblatt") stimmten zwar diesem ganz konkreten Einheits- und Verschmelzungvorschlag nicht sofort zu, jedoch könnten sie sich unter dem Druck des gewaltigen Kampfes der Notwendigkeit von Bildung gemeinsamer Kampfleitungen wie auch der Herbeiführung einer endgültigen Verschmelzung nicht verschließen. Paeplow erklärte sich bereit, den Vorschlag dem in dieser Woche tagenden Gesamtvorstand des Baugewerksbundes zur Beschlußfassung vorzulegen. Ebenso soll der am Montag, dem 27. Juli, tagende Beirat des Baugewerksbundes in einem besonderen Tagesordnungspunkt dazu Stellung nehmen. Des weiteren erklärten Paeplow und Töpfer, daß sie zwar nicht ihren örtlichen Instanzen die Bildung gemeinsamer Streikleitungen anbefehlen könnten, daß der Baugewerksbund als solcher aber auch nichts gegen solche gemeinsame Leitungen einzuwenden habe und es seinen Organisationen anheimstelle, nach der Lage des Kampfes die Einheitsfront herzustellen."

Brauns bezweifelt die Richtigkeit dieser Meldung. Gegen die Wiederherstellung einer Einheitsfront der Bauarbeiter sei niemand, dies hätte schon längst geschehen können, wenn die andere Seite gewollt hätte. Die Meldung des „Klassenkampf" könne aber für die Baugewerkschaft Halle nicht maßgebend sein, ehe eine Aufforderung von der Bezirksleitung komme, mit dem Verband der „Ausgeschlossenen" zusammenzugehen. Gegen diese Ausführungen erhob sich kein Widerspruch, was für den „Klassenkampf" Veranlassung sein wird, den Mitgliedern des Baugewerksbundes das Klassenbewußtsein abzusprechen.

Das kommunistische Organ kann auch von seiner Gepflogenheit, sich in Angelegenheiten der Gewerkschaften hineinzumischen und die Arbeiterschaft zu Handlungen aufzufordern, die den Anordnungen der Gewerkschaftsleitungen zuwiderlaufen, nicht lassen. In seiner gestrigen Nummer tut er das wieder. Dann wundert sich so ein Quertreiber, daß man sein Geschrei nach Einigkeit als elende Heuchelei bezeichnet. Auch die Bauarbeiter werden noch erkennen, wie schwer sie dieses Blatt in ihrem Kampfe schädigt, wenn dessen Parolen überhaupt befolgt werden.

Vom Friseurgewerbe in Halle.

Uns wird geschrieben:

„Die Barbierherren in Halle sind nach Einführung der Sonntagsruhe teilweise aus dem Häuschen geraten. Sie fordern von ihren Arbeitnehmern eine Verlängerung der Arbeitszeit an allen Sonnabenden, verweigern aber für diese Mehrleistungen jede Entschädigung. Die Forderung der Arbeitnehmer beantwortet man damit, daß man erklärt, wem es nicht passe, der trage die Konsequenzen. Im selben Augenblick aber unternimmt man bereits einen Beutezug auf die Taschen des Publikums und schämt sich nicht zu behaupten, die steigenden Gehilfenlöhne wären die Veranlassung zu dieser Maßnahme. Die Empörung über diese Vorgänge ist natürlich im Kreise der Arbeitnehmer ganz ungeheuer und kann sich schon in den nächsten Tagen in einer Weise Luft verschaffen, wie es sich die Innungsdiktatoren wohl nicht vorgestellt haben. Die Gehilfenschaft ist bereit, auch das letzte und schärfste Kampfmittel ihrer Gewerkschaft, den Streik, in Anwendung zu bringen. Um aber die üblichen Anwürfe im voraus auszuschalten, hat die Gauleitung des unterzeichneten Verbandes im Auftrag der Gehilfenschaft nochmals einen entsprechenden Antrag an die Barbierinnung sowie an den Schlichtungsausschuß gerichtet, um einen Ausgleich zu schaffen. Versagen auch diese Möglichkeiten, dann bleibt als unausbleibliche Folge nur die Konsequenz, allerdings in anderem Sinne, als es die Innungsgewaltigen sich dachten.

Wir richten schon heute an die Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, uns in diesem aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen und ihre Solidarität zu bekunden. Verlangt in allen Barbiergeschäften den Ausweis der freien Gewerkschaft oder meidet die Betriebe, in welchen man wohl Eure sauerverdienten Groschen abnimmt, sonst aber gegenteilig eingestellt ist. Richtet Euer Augenmerk auf die Indifferenten und meidet sie in jeder Form. Auf diese Art wird der Sieg unser sein.

Arbeitnehmerverband für das Friseur- und Haargewerbe, Gauleitung Leipzig. A. Pacher.

Das Kohlenproblem.

Der Standpunkt der englischen Bergarbeiter.

Der Sekretär der Bergarbeiter-Internationale Hodges hielt auf dem englischen Bergarbeiterkongreß in Scarborough eine Rede, in der er die gegenwärtige Krise unter dem internationalen Gesichtswinkel beleuchtete. Nach einer Schilderung des Weltkohlenproblems, die sich mit den kürzlich dem Londoner Korrespondenten des SPD. gegenüber gemachten Ausführungen deckten, fuhr Hodges fort: „Würde die Bergarbeiterschaft Großbritanniens in diesem Augenblick einer Herabdrückung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen zustimmen, in der Hoffnung, dadurch die britische Kohlenproduktion anzuspornen, so würden sich nach sechs Monaten die gleichen Probleme, denen England heute gegenübersteht, in verschärfter Form, wieder einstellen. Den Arbeitern der mit England konkurrierenden Länder würden nur noch ungünstigere Bedingungen aufgezwungen und damit die Lage schließlich schlimmer sein als sie heute ist. Die Unternehmer in Frankreich, Belgien und Deutschland wie Amerika beten geradezu zum Himmel um eine solche Verringerung der Löhne in Großbritannien." Hodges verlas dann einen Brief der amerikanischen Bergarbeiter, die sich gegen jede Konzession der britischen Bergarbeiter wenden und stellte fest, daß sich die Haltung der Amerikaner mit der aller übrigen Bergarbeiter begegne. Er hoffe, daß auch die deutschen Bergarbeiter schließlich den gleichen Standpunkt einnehmen würden.

Die wichtigste Stelle der Rede von Hodges bezog sich auf Frankreich bzw. Belgien und die Möglichkeiten einer internationalen Aktion. Die Tarifverträge Frankreichs und Belgiens liefen gleichzeitig mit den britischen ab, jedoch sei eine Entscheidung über das Schicksal noch nicht gefallen. Der Präsident des britischen Bergarbeiterverbandes Smith habe den französischen und belgischen Bergarbeitern unzweideutig erklärt, daß Großbritannien für den Fall, daß sie am Ende dieses Monats mit in den internationalen Kampf eintreten würden, die englischen Arbeiter ihrerseits bei ihnen bis zu einer erfolgreichen Beendigung ihres Kampfes stehen würden. „Ich kann heute nicht versprechen — und niemand anders könnte das in diesem Zeitpunkt —, daß es am Ende dieses Monats zu einem internationalen Streik in allen kohlenproduzierenden Ländern kommen wird. Aber wir nähern uns dem Punkt, wo wir ein Maximum an internationaler Aktion zustande bringen können und werden. Es mag aber als sicher gelten, daß die Bergarbeiter einzelner Länder während eines Streiks der britischen Bergarbeiter noch weiter arbeiten werden und umgekehrt britische Bergarbeiter in Zeiten des Kampfes einer nationalen Bergarbeitergewerkschaft. Wesentlich aber ist, daß keine Kohlen, die in den verschiedenen Ländern aufgestapelt worden sind, von einem Land in ein anderes geschafft und damit die Gewinnchancen der Bergarbeiter vernichtet werden. (!) Das bringt uns in Verbindung mit der Internationale der Transportarbeiter, und ich glaube, daß sie uns helfen wird."

Hodges beendete seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit des gleichzeitigen Ablaufens der kollektiven Abmachungen der einzelnen Länder und zeichnete unter dem lebhaften Beifall der Bergarbeiterdelegierten das Bild einer Welt, in der die Kohlenproduktion, aus dem gegenwärtigen Stand der Anarchie befreit, in einem inneren Zusammenhang zur Nachfrage nach Kohle stehen würde.

Vor einem Bergarbeiterstreik im Saargebiet.

Saarbrücken, 20. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Der Verband der Bergarbeiter und der Christliche Gewerkverein im Saargebiet haben am Sonntag auf Revierkonferenzen das Lohnerhöhungsangebot der französischen Bergwerksdirektion um 5 Prozent einstimmig abgelehnt und mit großer Mehrheit den Streik beschlossen. Dieser soll mit Ablauf des Tarifs am 27. Juli beginnen, falls nicht bis dahin durch neue Verhandlungen ein anderes Ergebnis erzielt worden ist. Die Aussichten für eine Einigung zwischen den Bergarbeitern und der französischen Bergwerksdirektion sind gering.

Internationaler Straßenbahnerkongreß.

Brüssel, 21. Juli. (Radiomeldung.)

Der Internationale Kongreß der Straßenbahner tagte dieser Tage in Brüssel unter dem Vorsitz von Fimmen. Auf dem Kongreß waren 150 000 Straßenbahner vertreten, von denen Deutschland allein 36 000 stellte. Ein Teil der italienischen Delegierten konnte nicht erscheinen, da Mussolini die Ausreise nach Belgien verweigerte. Die dreitägige Diskussion betraf besonders die Einrichtungen des Einmannwagens, gegen den sich alle Delegationen mit Ausnahme der Engländer wandten. In einer Entschließung wurde diese Einrichtung verworfen, weil sie den Verkehr mehr hemmt als fördert, das Personal ermüdet, die Gesundheit gefährdet, die öffentliche Sicherheit vermindert und keine technischen Fortschritte, sondern die Ausbeutung des Personals im Interesse der Unternehmer bezweckt. U. a. behandelte der Kongreß die Konferenz der Privatgesellschaften gegenüber den Stadt- und Staatsbahnen sowie die Frage der Verstaatlichung. Auch Lohnfragen und soziale Angelegenheiten wurden erörtert. Anschließend fand eine große Demonstration durch Brüssel statt.

Am Montag begann hier der Internationale Holzarbeiterkongreß unter dem Vorsitz von Tarnow (Deutschland) und Hauwaerd (Belgien). Anwesend sind 60 Delegierte. Tarnow überbrachte die Grüße der deutschen Holzarbeiter und beglückwünschte die belgischen Metallarbeiter und Schriftsetzer zu ihrem gegenwärtigen Kampfe.

Schadenersatzklage gegen eine Gewerkschaft. Der Großindustrielle Roechling in Saarbrücken hat den Deutschen Metallarbeiterverband des Saargebietes wegen angeblichen Tarifbruchs auf Entschädigung in Höhe von 240 000 Franken verklagt. Hätte das Vorgehen des Herrn Roechling Erfolg, so würde das nahezu den Bankerott der saarländischen deutschen Gewerkschaften und damit eine starke Begünstigung der französischen Annexionsbestrebungen bedeuten.

Buchdruckerstreik in Belgien. Dem Ausstand der Metallarbeiter haben sich jetzt die Schriftsetzer angeschlossen, weil ihre Lohnforderungen von den Unternehmern abgelehnt wurden. Der Streik ist jedoch nicht generell, sondern nur distriktweise geplant. Er soll nur dann allgemein werden, wenn mit dem bezirksweisen Ausstand das Ziel nicht erreicht wird. Immerhin ist zu erwarten, daß am Mittwoch auch die Brüsseler Presse von dem Streik erfaßt wird. In Antwerpen erschien am Montag nur das sozialistische Organ.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Mittwoch, 22. Juli.

4.30 bis 6 Uhr nachmittags: Märchennachmittag für Kinder. 6.45 bis 7 Uhr abends: Funkbastelstunde. 7 bis 7.30 Uhr abends: Günter Doberzinsky: „Im Flugzeug nach Kopenhagen." 7.30 bis 8 Uhr abends: Dr. Grothe, Leiter des Instituts für Auslandskunde: „Die Dichtung der Auslandskunde." 8.15 Uhr abends: Kleine Künstlerspiele. Anschließend (etwa 9.45 Uhr): Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst. Darauf Tanzmusik von 10 bis 11.30 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250721-17/fragment/page=0006